36. BUNDESKONGRESS

80 JAHRE BEFREIUNG VOM FASCHISMUS – ZEIT SIE ZU VERWIRKLICHEN!

SDS
Die Linke

Beschlussheft

36. Bundeskongress
Sommersemester 2025
Die Linke.SDS

Inhaltsverzeichnis

Formalanträge....2
F2 Geschäftsordnung....2
Inhaltliche Anträge....6
A1 Leitantrag des Bundesvorstandes zum 36. Bundeskongresses....6
Antifaschismus....15
A5 Antrag für einen SDS-Jugendkongress....15
A8 Neugründung der Jungen Alternative verhindern – Der Kampf um eine neue antifaschistische Generation....16
Feminismus....20
A2 Aktiv gegen Antifeminismus: CSDs supporten!....20
A14 Unterstützung von Studis setzen Grenzen....21
Frieden und Internationalismus....22
A3 Solidarität mit Kuba ist Frieden für die Welt....22
A6 Wir kämpfen gegen eure Kriege! - Für die Abschaffung der Wehrpflicht....24
A12 Aufbruch! - International Wissen schaffen für Frieden und Emanzipation....28
A18 Rheinmetall entwaffnen Camp supporten....33
Palästina....34
A11 Palästina-Antrag....34
A15 Friedenswissenschaft dient uns allen! Gemeinsam befreien von den Fesseln von Krieg und Kapital - in der BRD, Palästina und weltweit!....39
A16 Gegen die akute Eskalation in Nah-Ost – Internationale Solidarität und Friedenswissenschaft!....44
Soziales und Studienbedingungen....48
A13 Wir kürzen den Faschismus....48
A17 Würde kommt von Kämpfen: Gemeinsam zum BAföG-Kongress!....52
Verbands- und Parteientwicklung....54
A9 Auf dem Erfolg nicht ausruhen: Jetzt Die Linke zur sozialistischen Kraft machen....54

Formalanträge

F2 Geschäftsordnung

§ 1 Arbeitsgremien

(1) Der Bundeskongress wählt als Arbeitsgremien in offener Abstimmung und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, jeweils im Block:

1. ein Tagungspräsidium,
2. eine Mandatsprüfungskommission,
3. eine Antragsberatungskommission,
4. eine Wahlkommission,
5. eine Protokollkommission,
6. ein Awareness-Team.

(2) Das Tagungspräsidium muss quotiert besetzt werden.

(3) Der Bundeskongress wird vom Tagungspräsidium geleitet. Das Tagungspräsidium bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung. Die Tagungsleitung auf dem Bundeskongress ist quotiert mit drei Personen zu besetzen.

§ 2 Allgemeine Verfahrensregeln

(1) Geschäftsordnung, Wahlordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Bundeskongresses in dieser Reihenfolge beschlossen.

(2) Rederecht haben die angemeldeten Delegierten, Mitglieder von Die Linke.SDS, Mitglieder der Hochschulgruppen von Die Linke.SDS, Mitglieder von assoziierten Hochschulgruppen, sowie die Mitglieder der Arbeitsgremien des Bundeskongresses. Gästen des Bundeskongresses kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden.

(3) Die Tagungsleitung

1. ruft die Tagesordnungspunkte und
2. die dazugehörigen Anträge auf,
3. leitet die Beschlussfassung,
4. erteilt das Wort,
5. kann Redner*innen zur Sache rufen, muss ihnen das Ende der Redezeit einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen,
6. kann bei wiederholter oder schwerwiegender Störung der Tagung nach einmaliger Verwarnung von der Tagung ausschließen,
7. kann nach einmaliger Verwarnung bei grenzüberschreitendem und/oder diskriminierendem Verhalten in Absprache mit dem Awareness-Team von der Tagung ausschließen.

(4) Wortmeldungen sind dem Tagungspräsidium anzuzeigen. Bei Wortmeldungen sind Name und gegebenenfalls delegierende Hochschulgruppe anzugeben. Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben.

(5) Das Tagungspräsidium entscheidet unter Berücksichtigung des Eingangs der Wortmeldungen und dem Prinzip der doppelquotierten Redelisten über die Reihenfolge der Redner*innen. Anstelle des Eingangs der Wortmeldungen kann das Tagungspräsidium die Reihenfolge der Redner*innen durch Los bestimmen.

(6) Eine Person ist erstredend, wenn sie sich im bisherigen Tagesordnungspunkt noch nicht gemeldet und gesprochen hat. Sie wird bevorzugt behandelt gegenüber Personen, die innerhalb des Tagesordnungspunktes schon im Zuge einer Wortmeldung gesprochen haben.

(7) Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Redner*innen ist nicht möglich.

(8) Die Redezeit beträgt in der Regel drei Minuten für jede*n Redner*in, sofern die der Bundeskongress nichts anderes beschließt.

(9) Der Bundeskongress kann Aussprachen und Antragsdebatten zeitlich begrenzen. Die Tagesleitung kann dem Bundeskongress dazu Vorschläge unterbreiten.

(10) Teilnehmer*innen des Bundeskongresses mit Rederecht können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen persönliche Erklärungen abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Persönliche Angriffe oder Beleidigungen können kein Teil von Persönlichen Erklärungen sein. Die Redezeit beträgt drei Minuten. Persönliche Erklärungen werden nicht kommentiert.

(11) Die Teilnehmer*innen des Bundeskongresses können bei der Tagungsleitung eine Zwischenfrage an die*den Redner*in anmelden, wenn in der Aussprache Unklarheit über einen Verhandlungsgegenstand besteht. Die Zwischenfrage kann erst gestellt werden, nachdem die*der Redner*in sie auf Nachfrage der Tagungsleitung zugelassen hat, und muss kurz und präzise formuliert sein.

(12) Durch die Protokollkommission ist ein Ergebnisprotokoll anzufertigen. Das Ergebnisprotokoll ist innerhalb von vier Wochen den Delegierten zuzustellen. Die Beschlüsse des Bundeskongresses sind innerhalb von vier Wochen in geeigneter Weise zu veröffentlichen.

§ 3 Allgemeine Regeln zur Beschlussfassung

(1) Der Bundeskongress ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der angemeldeten Delegierten anwesend ist.

(2) Stimmrecht haben die angemeldeten Delegierten.

(3) Beschlüsse des Bundeskongresses werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern diese Geschäftsordnung oder die Satzung des Studierendenverbandes Die Linke.SDS nicht anderes vorschreibt. Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Beschlüsse über die Satzung von Die Linke.SDS werden mit zwei Drittel der abgegebenen Stimmen gefasst.

(4) Abstimmungen erfolgen grundsätzlich offen und durch Erheben der Stimmkarten. Das Tagungspräsidium kann zur Auszählung der Stimmen Zähler*innen einsetzen. Auf Antrag von ¼ der Delegierten ist eine Beschlussfassung geheim durchzuführen.

§ 4 Antragsberatung

(1) Antragsberechtigt sind alle Mitglieder von Die Linke.SDS, alle Mitglieder einer Hochschulgruppe von Die Linke.SDS, alle Mitglieder einer assoziierten Hochschulgruppe von Die Linke.SDS sowie alle Gremien, Hochschulgruppen, Landesverbände und bundesweiten Arbeitsgemeinschaften von Die Linke.SDS.

(2) Anträge sind elektronisch bei der Antragskommission einzureichen. Antragsschluss ist für satzungsändernde Anträge der 18.05.2025 um 23.59 Uhr und für sonstige Anträge der 22.06.2025 um 23.59 Uhr.

(3) Nach Antragsschluss können nur noch Dringlichkeitsanträge gestellt werden. Die Dringlichkeit muss von zehn Prozent der angemeldeten Delegierten dem Präsidium aufgezeigt werden. Über ihre Behandlung entscheidet der Kongress.

(4) Fristgemäß eingereichte Anträge sind von dem Bundeskongress zu behandeln oder zu überweisen.

(5) Änderungsanträge betreffen die Änderung eingereichter Anträge und sind elektronisch bei der Antragsberatungskommission einzureichen. Für Änderungsanträge kann vom Bundeskongress auf Vorschlag der Antragsberatungskommission ein Antragsschluss beschlossen werden. Änderungsanträge, die während der Aussprache auf dem Bundeskongress im Konsens zwischen den ursprünglichen Antragssteller*innen und den Antragssteller*innen eines Änderungsantrages entstehen, sind von dieser Frist ausgenommen. Die*Der Antragsteller*in kann Änderungsanträge übernehmen, sofern kein*e Delegierte*r Widerspruch anzeigt.

(6) Die*Der Antragsteller*in hat das Recht, Anträge vor dem Bundeskongress zu begründen.

(7) Anträge und Änderungsanträge sind dem Bundeskongress durch die Antragsberatungskommission in geeigneter Reihenfolge zur Abstimmung zu stellen oder zur Überweisung vorzuschlagen.

(8) Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen „für“ den Antrag, dann „gegen“ den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen abzufragen sind.

(9) Anträge zur Geschäftsordnung dürfen sich ausschließlich mit dem Ablauf des Kongresses befassen und werden außerhalb der Liste der Redner*innen sofort behandelt, soweit nicht gerade eine Abstimmung läuft. Vor ihrer Abstimmung erhalten je ein*e Delegierte*r zunächst für und dann gegen den Antrag das Wort. Die Antragseinbringung zählt als Fürrede. Antragsberechtigt zur Geschäftsordnung sind alle Personen mit Rederecht nach § 2 Abs. 2 dieser Geschäftsordnung.

(10) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerdens

zu stellen. Hierüber ist nach Für- und Gegenrede sofort abzustimmen. Die Antragseinbringung zählt als Fürrede.

(11) Der Antrag auf Beendigung der Debatte kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagesordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht zur Antragstellung haben nur antragsberechtigte Personen, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht in der Sache gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Redner*innen zu verlesen.

(12) Abweichungen von dieser Geschäftsordnung sind nur zulässig, wenn keine stimmberechtigte*r Teilnehmer*in dagegen Widerspruch erhebt.

§ 5 Wahlen und Kandidaturen

(1) Im Tagesordnungspunkt zu Wahlen gelten ergänzend zu § 2 folgende Verfahrensrichtlinien.

(2) Nach jeder Vorstellung eine*s Kandidat*in werden vom Tagungspräsidium Rückfragen zugelassen.

(3) Jede*r Kandidat*in hat nach Beendigung der Vorstellungen und der Fragen aller Kandidierenden Zeit die ihr*ihm gestellten Fragen zu beantworten. Die Kandidat*In beantworten die Fragen in der Reihenfolge ihrer vorherigen Vorstellung.

Inhaltliche Anträge

A1 Leitantrag des Bundesvorstandes zum 36. Bundeskongresses

Die größte Aufrüstung in der Geschichte der Bundesrepublik, eine Bundestagswahl, die sowohl eine Rechtsentwicklung zementiert, aber auch Offenheit für die Linke gezeigt hat und eine neue Austeritäts-und Kürzungskoalition. In den letzten Monaten haben wir eine Zuspitzung von Kämpfen gesehen, in denen die Herrschenden zunehmend autoritäre und aggressivere Mittel verwenden, sowie das Potential für Widerstand dagegen noch lange nicht ausgeschöpft ist. Wir haben keine Zeit zu verlieren, aber
„Eine Welt zu gewinnen".

Zuspitzende Weltlage

Mit entlarvender Ehrlichkeit sprechen mittlerweile Politiker*innen wie Klingbeil, von der Leyen und weitere davon, dass Deutschland, bzw. Europa, sich in einer Zeit von Großmachtkonflikten behaupten müsse. Dabei wird aktuell vor allem eine Unabhängigkeit von den USA suggeriert: Die reaktionärsten Auswüchse des Trumpismus - Trumps Verhalten gegenüber Selenski oder Vance' Auftritte bei der NATO - bieten den hiesigen Herrschenden eine Legimationsgrundlage für die Aufrüstung neuer Qualität im März diesen Jahres. Während der Trumpismus vor allem in der Ukraine-Politik einen scheinbaren Bruch zur Bidenadministration macht, besteht in der Außenpolitik eine Kontinuität: Die USA hatten schon deutlich vor den Rohstoffdeals ein Interesse daran, die Waffenlieferungen zu beenden und sich militärisch wie politisch, dem Konflikt mit China zuzuwenden. Deutschland und Europa sind hingegen weiterhin um einen Einfluss in der Ukraine bemüht - zur Sicherung der aktuellen europäischen Ordnung sowie - vor allem landwirtschaftliche - Märkte. Ein Bruch der transatlantischen Ordnung steht trotz Zersplitterung nicht vor der Tür, viel mehr klammern sich die europäischen Demokratien an die Idee eines weitergeleiteten Westens, den sie trotz Trump, Gaza und weiteren blutigen Konflikten, in denen sie passiv involviert sind hochhalten wollen. Die NATO-Staaten bereiten einen Krieg vor. Was als "Verteidigungsausgaben" schöngeredet wird, sind in der Tat Ausgaben für Auslandseinsätze und Kriegsvorbereitungen für eine imperialistische Offensive gegen die sich formierende multipolare Weltordnung. Das neu angekündigte 5% Ziel der NATO und die Annahme von den größten Kriegskrediten der BRD Geschichte sind in diesem Kontext einzuordnen.

Durch Unabhängigkeitsrhetorik und Bedrohungslüge versucht die herrschende Klasse Deutschlands den Abbau der Errungenschaften der Arbeiterklasse zu legitimieren und die Arbeiter*innen als Kanonenfutter zu verwenden. Aber unsere Klasse lässt sich nicht in einen Krieg hineinziehen! Es ist nicht in unserem Interesse, gegen unsere Klassengeschwister auf einem Schlachtfeld zu kämpfen - sei es in Russland, dem Iran oder sonst wo. Deswegen ist uns als sozialistischer Studierendenverband klar, dass es bei der Kriegsvorbereitung der NATO nicht um "Verteidigungsbe-

reitschaft" geht, sondern es sich um eine Antwort der Herrschenden auf die existenzielle Krise des Neoliberalismus handelt.

Wir müssen uns deshalb der Logik der Staatenkonkurrenz widersetzen und ein Bewusstsein für eine Klassenperspektive in Konflikten und Kriegen aufbauen. Konkret heißt das den bisher noch vagen Widerspruch[1] gegen nationalistische Vaterlandsverteidigung in Widerstand zu organisieren und mit unseren Kommiliton*innen konkrete Kämpfe an der Uni führen. Außerdem gilt es internationale Solidarität von unten zu unterstützen: Die Hafenarbeiter*innen in Frankreich machen es vor und blockierten Anfang Juni Waffenlieferungen nach Haifa.

Denn die Situation im Gazastreifen wird durch die israelische Regierung immer weiter eskaliert. Erst nach wachsendem internationalen Druck und der zunehmenden Aufmerksamkeit für die humanitäre Katastrophe gestattete Israel erneut vereinzelt Lieferungen – allerdings in unzureichendem Umfang. Neben der Blockade hatte Israel Mitte Mai eine weitere Militäroffensive gestartet.

Der Genozid in Gaza ist möglich, weil es seitens der USA und auch EU - insbesondere DE - lange eine bedingungslose Unterstützung gibt, die aber aktuell zu bröckeln scheint. Sogar rechte Regierungen innerhalb der EU wurden von der internationalen palästinasolidarischen Bewegung soweit unter Druck gesetzt, dass sie fordern Abkommen mit Israel zu überprüfen und von Sanktionen sprechen. Sanktionen, selbst wenn sie ernsthaft in Betracht gezogen und nicht nur in Untätigkeit verschleiernden Worten stecken bleiben würden, stoppen den Genozid aber nicht, solange gleichzeitig weiter Waffen geliefert werden, und bedeuten nur weiteres Leid für die Arbeitendenklasse.

Doch der Umschwung im Diskurs, der bislang nur im Ton statt den Handlungen der Herrschenden verbleibt, berechtigt zur Hoffnung, dass wir durch weiteren Druck auch das dringend notwendige Ende der Waffenlieferungen, einen Waffenstillstand, die Anerkennung Palästinas und akute sowie nachhaltige Unterstützung für Palästina – auch für den Wiederaufbau Gazas - erwirken können.

Sogar rechte Regierungen innerhalb der EU wurden von der internationalen palästinasolidarischen Bewegung soweit unter Druck gesetzt, dass sie fordern Abkommen mit Israel zu überprüfen und von Sanktionen sprechen. Sanktionen, selbst wenn sie ernsthaft in Betracht gezogen und nicht nur in Untätigkeit verschleiernden Worten stecken bleiben würden, stoppen den Genozid aber nicht, solange gleichzeitig weiter Waffen geliefert werden, und bedeuten nur weiteres Leid für die Arbeitendenklasse.

Doch der Umschwung im Diskurs, der bislang nur im Ton statt den Handlungen der Herrschenden verbleibt, berechtigt zur Hoffnung, dass wir durch weiteren Druck auch das dringend notwendige Ende der Waffenlieferungen, einen Waffenstillstand, die Anerkennung Palästinas und akute sowie nachhaltige Unterstützung für Palästina – auch für den Wiederaufbau Gazas - erwirken können.

In den letzten Wochen zeichnet sich ebenso eine Veränderung im gesellschaftlichen und politischen Diskurs in Deutschland ab. Selbst der Bundeskanzler Friedrich Merz äußerte sich zwar öf-

1 Nur etwa 17 Prozent der Deutschen würden laut Forsa Umfrage Deutschland an der Waffe verteidigen. https://www.stern.de/news/umfrage--17-prozent-der-deutschen-bei-angriff-zu-verteidigung-mit-waffen-bereit-35527170.html

fentlich kritisch gegenüber dem militärischen Vorgehen Israels, stellte jedoch klar, dass daraus keine politischen Konsequenzen folgen. Auch Außenminister Wadephul machte deutlich, dass weitere Waffenlieferungen an Israel zu überprüfen seien und erhielt dafür harsche Kritik aus den eigenen Reihen. Die Regierung hält dennoch an den Waffenexporten fest. Währenddessen pocht die israelische Regierung weiter darauf, mit voller Stärke gegen die Hamas vorgehen zu müssen. Darüber hinaus formuliert die israelische Regierung mittlerweile offen eine ethnische Säuberung der Palästinser*innen im Gazastreifen als Kriegsziel.

Das Bröckeln des Rückhalts für das israelische Vorgehen in den Gesellschaften des Westens führte jedoch nicht zu einer Deeskalation des Genozids in Gaza. Im Gegenteil hat sich der Wind durch den Angriff auf den Iran auch in Deutschland erneut gedreht: Mit der bedingungslosen Unterstützung des Angriffskriegs durch Merz und Wadephul findet ein weiterer Dammbruch im Diskurs um die Bindung an völkerrechtliche Grundsätze statt und das instrumentelle Verhältnis zum Völkerrecht und dessen Anwendung nach Doppelstandards werden offengelegt, während Israel im Windschatten der Iran-Berichterstattung in Gaza ungehindert eskalieren kann und den Rückhalt europäischer Regierungen vorerst zurückgewonnen hat.

Dieser globale Rüstungswettlauf findet im Kontext einer sich verschärfenden Klimakrise statt, die imperiale Konflikte weiter zuspitzt und militärische Auseinandersetzungen um knapper werdende Ressourcen wahrscheinlicher macht. Mit 2024 lag erstmals ein ganzes Jahr über der Grenze von 1,5 Grad gegenüber vorindustriellem Niveau. In drei Jahren wird dieses Ziel endgültig nicht mehr einzuhalten sein. Die herrschenden Bearbeitungsstrategien kehren sich derzeit allerdings zunehmend ab von Versuchen der grün-kapitalistischen Transformation. Stattdessen wird ein verstärkter Fossilismus vorbereitet, das ist unter anderem durch Debatten über ein späteres Verbrenner-Aus erkennbar. Ohne sich Illusionen in einen grünen Kapitalismus zu machen, wird eine autoritär-fossile Wende die ökologische Katastrophe noch mehr beschleunigen.

Neue Regierung, was heißt das?

Trotz einiger Startschwierigkeiten ist Merz seit dem 06. Mai Bundeskanzler, doch was bedeutet das?

In vielen Punkten bedeutet seine neue Regierung eine Fortsetzung bzw. Zuspitzung der Politik der Ampelregierung. In anderen Punkten stellt die neue CDU-geführte Regierung allerdings auch eine qualitative Veränderung zur Ampelregierung dar. In Zeiten der Überakkumulationskrise des derzeitigen Kapitalismus gibt es für konservative Kräfte kein attraktives Projekt mehr, das sie anbieten können. Stattdessen sind sie gezwungen, Krisen entweder schlicht zu verwalten (Merkel) oder sich zu radikalisieren und eine radikal-rechte Agenda zu übernehmen (Berlusconi, Trump). Auch die aktuelle Merz-Regierung sollte als Ausprägung dieses „radikalisierten Konservatismus“ verstanden werden. Nun kann der Versuch, die gescheiterte grüne Transformation und das in der Krise befindliche deutsche Exportmodell durch einen Rüstungskeynesianismus zu retten, umgesetzt werden.[2] Durch Rekordinvestitionen in die Bundeswehr und militärische Infrastruktur soll

2 Candeias, Mario (2025): Monster verstehen. Eine Chronik des Interregnums, S. 186.

Deutschland wieder kriegstüchtig gemacht und zur „stärksten konventionellen Armee Europas“ werden.[3] Mit 5% des BIP soll die Militarisierung künftig zum größten Haushaltsposten im Bundesetat werden. Dies geht auch mit einer „Militarisierung im Inneren“ bzw. inneren Zeitenwende einher die das Ziel hat Deutschland wieder nach kriegstüchtig zu machen. Eine Militarisierung nach außen braucht auch immer eine nach innen: Die Präsenz von Bundeswehr an Schulen und Universitäten und die Aushöhlung von Zivilklauseln wird immer weiter normalisiert. Zur inneren Aufrüstung gehört aber auch die Aufrüstung der Polizei oder Geheimdienste an den Unis. Der autoritäre Umbau der Universitäten hängt mit der Militarisierung nach innen zusammen: Es geht darum, kritischen Prozess möglichst klein zu halten. Christoph Hübner, stellvertretender Abteilungsleiter Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz im Bundesinnenministerium äußerte sich dazu wie folgt: „Die Polizeien werden im Spannungsfall schon alle Hände voll zu tun haben, weil nicht sicher ist, dass die Bevölkerung friedlich bleibt. Es kann zu Ausschreitungen kommen. Dementsprechend wird bei Übungen regelmäßig auch das Vorgehen gegen streikende Arbeiter und Demonstranten trainiert – auch in Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden.“[4]

Die erhöhten Ausgaben stellen jedoch keine Abkehr, sondern eine Zementierung der Schuldenbremse dar, da die Ausgaben für die Bundeswehr und Infrastruktur zurückgezahlt werden müssen, weshalb der Sparzwang für Soziales sich weiter erhöht. Das bedeutet ein **Konjunkturprogramm für die AfD**, da der soziale Nährboden des AfD-Erfolgs - nämlich die Prekarisierung, Armut und Angst vor der Zukunft - nicht angegangen wird.

Auch in der Migrationspolitik wird der autoritäre Umbau der Ampelregierung fortgesetzt und das repressive Asylsystem weiter zementiert. Die Maßnahmen der neuen Regierung fokussieren sich dabei auf drei Bereiche: (1) die Schließung der Migrationsrouten, (2) mehr Abschiebungen und (3) der Abbau des Asylsystems. Migration wird dabei als existenzielle Bedrohung konstruiert, wodurch ein rechtlicher Rückbau gerechtfertigt wird. Der Zweck dieser Maßnahmen ist zum einen die Gesellschaft in innen und außen anstatt in oben und unten zu spalten und somit von Klassenverhältnissen abzulenken. Asylsuchende sind außerdem Prototyp für eine Entrechtung, die künftig auf andere Gruppen ausgeweitet werden soll.[5] Durch das Abtun von Grundsatzurteilen als Einzellfallentscheidung wie im Fall der drei Somalier oder der Umgehung der Bundesländer bei der Einstufung sicherer Herkunftsländer erleben wir bei einem vermeintlichen Notstand den offenen Angriff auf den Rechtsstaat und die Aushöhlung demokratischer Verfahren.

> *„Hier [wird] ein anderer Staat geformt – einer, in dem Institutionen, die Menschen unter stützen, abgebaut werden, während repressive Elemente, wie (Abschiebe-)Gefängnisse, Polizei und Militär des Staates ausgebaut werden.“* -(Clara Bünger, Luxemburg)

---

3 Merz bei seiner Antrittsrede im Bundestag https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw20-de-regierungserklaerung-merz-1064956

4 https://www.jungewelt.de/artikel/495979.krieg-im-inneren-die-heimatfront-kriegst%C3%BCchtig-machen.html

5 Clara Bünger in Luxemburg, unter: https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/der-angriff-kommt-von-rechts-die-verteidigung-von-unten/

Unter Merz erleben wir noch eine weitere Entwicklung, welche sich auch in den USA beobachten lässt. Das Kabinett von Merz ist mit so vielen Millionären besetzt, wie kein vorangegangenes in der BRD. Das bedeutet eine Verschmelzung von Kapital und Staatsapparat, indem der Staat nicht von Angestellten der bürgerlichen Klasse, sondern von Kapitalisten besetzt wird.

Die Linke im Aufschwung

Ein zarter Hoffnungsschimmer, trotz der besorgniserregenden Entwicklungen weltweit und in Deutschland, zeigt sich im stetigen Mitgliederzuwachs der Linken. Parallel beobachten wir erste Schritte in Richtung einer innerparteilichen Erneuerung. Dieser Erneuerungsprozess manifestiert sich nicht nur in den zahlenmäßigen Zuwächsen, sondern auch in einer veränderten politischen Praxis und einem neuen Politikverständnis an einigen Stellen innerhalb der Partei.

Durch eine gesprächsorientierte und aufsuchende Praxis, ist es der Linkspartei gelungen, sich ein Stück weit weg von der Haltung einer „Stellvertreterpolitik“ hin zu einer Politik mit den Menschen zu bewegen. Diese Herangehensweise ermöglichte es, tausende Mitglieder und Unterstützende erstmals in politische Aktivität zu bringen.

Wie eine glaubwürdige Linke Politik in den Parlamenten aussehen kann, zeigen Abgeordnete wie Nam Duy Nguyen aus Leipzig (MdL) oder Ferat Koçak (MdB) aus Berlin Neukölln. Beide begreifen das Parlament als Bühne. Es geht darum, die Forderungen und Perspektiven von den Menschen direkt aufzugreifen und auf der parlamentarischen Bühne einzubringen. Genauso verstehen sie es als ihre Aufgabe, im Sinne einer direkten Rückkopplung die Menschen an den Debatten im Parlament teilhaben zu lassen und Entscheidungen im Kollektiv zu treffen. Gleichzeitig wird ein Großteil der damit gewonnenen Ressourcen in lokale Stadtteilarbeit investiert, um langfristige Organisierung vor Ort aufzubauen und zu stärken.

Dennoch dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, dass die Erneuerung der Partei damit beendet ist. Die Linke ist und bleibt eine im Kern reformistische Partei, die weit hinter unseren Ansprüchen zurückbleibt. Mit dem Gewinn an Relevanz kommen in den nächsten Monaten und Jahren zweifelsohne weitere Debatten auf uns zu - wie zum Beispiel die Frage nach einer potentiellen Regierungsbeteiligung. Deshalb ist es jetzt umso wichtiger, dass wir gemeinsam mit unseren neuen Genoss:innen eine parlamentarismuskritische, antimilitaristische und antiimperialistische Haltung entwickeln und die Partei von unten verändern.

Die Situation an den Unis

Die Linke ist wieder im Aufbruch, insbesondere in der Jugend. Bei der Bundestagswahl haben 25 Prozent der 18-25-Jährigen Die Linke gewählt. Auch bei den Gremienwahlen an unseren Hochschulen sehen wir im Schnitt deutliche Zuwächse. Unsere Aufgabe ist es, dahin zu wirken, dass unsere Kommiliton:innen nicht bei der richtigen Entscheidung an der Urne stehen bleiben, sondern die notwendige internationale Veränderung hin zu Frieden und Sozialismus in die eigene Hand nehmen. Als SDS kämpfen wir in diesem Verständnis an den Hochschulen und um die Hochschulen als zentrale Orte im Klassenkampf.

In vielen Städten wurde bei der Finanzierung der Hochschulen der Rotstift angelegt und es wird zu massiven Einsparungen kommen. An einigen Orten hat sich Widerstand gegen die Kürzungen formiert, so zum Beispiel in Aachen, Berlin, Bremen, Leipzig oder Bielefeld. Die Kürzungen sind in Zusammenhang mit der Aufrüstung und auch dem autoritären Umbau der Universitäten zu verstehen. Erfolgreiche Vollversammlungen zeigen, dass Studierende sich nicht der Situation ausliefern lassen wollen, sondern bereit sind, gegen diesen Missstand zu kämpfen. Denn während Studierende sich das Essen in der Mensa kaum noch leisten können, pumpt die Regierung massig Geld in die Bundeswehr. In diesem Zusammenhang erleben wir weitere Angriffe auf Zivilklauseln.
Im Widerstand gegen den Genozid an der palästinensischen Bevölkerung war die Universität immer ein wichtiger Schauplatz. Der vorgeschobene Kampf gegen Antisemitismus spielt dabei nach wie vor eine große Rolle: Bereits im November 2024 wurde eine neue Antisemitismus Resolution verabschiedet, im Januar diesen Jahres folgte dann noch eine die sich auf Hochschulen und Schulen bezieht. Die Resolution bezieht sich auf die IHRA-Antisemtismus Definition und ermöglicht Kritik an Israel pauschal als antisemitisch abzutun. Das Ausmaß an Repression, mit der gegen studentischen Protest vorgegangen wird, nimmt immer weiter zu. In Berlin versuchte der Senat, ein Exempel an vier ausländischen Studierenden zu statuieren und sie abschieben, ohne dass eine Verurteilung vorlag. Die Abschiebungen konnten erstmal verhindert werden. Klar ist aber auch: Gerade trifft es primär die Palästina solidarische Bewegung, aber es wird nicht dabei bleiben. Ziel ist es, jeglichen linken und kritischen Protest klein zu halten.

Der SDS als DER Organisierungsort

Der Long-Lockdown ist endgültig vorbei und es sind wieder breite Mobilisierungen an den Unis möglich. Die letzten Wochen und Monate haben gezeigt, dass viele junge Menschen aktiv werden wollen. Im Zuge der Bundestagswahl sind viele junge Leute der Partei und der Linksjugend beigetreten. Seit dem letzten Bundeskongress haben sich acht neue Ortsgruppen gegründet, in der Regel verzeichnen wir eher zwei bis drei neue Ortsgruppen zwischen den Bundeskongressen. Wir erfahren zwar Zuwachs sowohl in der Anzahl von Ortsgruppen als auch an Mitgliedern, dennoch finden Menschen nach wie vor eher zufällig zum SDS. Ein aktives Studium an einer Universität, ohne irgendwann etwas vom SDS mitzubekommen? Das sollte nicht möglich sein! Daher brauchen wir gute Angebote und müssen sichtbar in Bewegungen auftreten. Wir brauchen eine Praxis, die sich unmittelbar bei unseren Komiliton*innen vollzieht. Wir müssen in unseren Seminaren Kämpfe gegen überzogene Studienleistungen führen. Wir müssen von unseren Dozent*innen die Berücksichtigung marxistischer, feministischer und antikolonialer Sichtweisen einfordern. Und wenn die Zeitenwende an unseren Unis Einzug hält, müssen wir präsent sein und sie vor Ort bekämpfen. Bei Berufsmessen, in Gremien und in Vorlesungen. Diese Praxis müssen wir mit einer langfristigen Organiserungsperspektive und Bildungsangeboten flankieren. Mit der bundesweiten „von Marx bis Morgen“ Bildungsreihe, die mit dem Sommersemester startete, haben wir ein solches Angebot geschaffen. Es ist uns dabei gelungen, uns als SDS gut zu platzieren. Das For-

mat sollten wir detailliert auswerten und überlegen, mit welchen Formaten man daran anknüpfen kann.

Der Kampf um die Hochschule ist ein Kampf für Frieden, Soziales und Antifaschismus!
Als Sozialistischer Studierendenverband besteht unsere Aufgabe darin, die scheinbar partikularen und voneinander getrennten Kämpfe um die Rechtsentwicklung in Deutschland, den Genozid in Palästina, die Kürzungen des Sozialstaats und die vorantreibende Militarisierung als einen einzigen Kampf zu denken. Dies ist nicht nur analytisch möglich, sondern politisch der einzig richtige Weg in die Offensive an den Hochschulen und in der Gesellschaft, als Kampf für Demokratisierung, Völkerverständigung und Emanzipation aller. Die Notwendigkeit der herrschenden Klasse, die Wissenschaftsfreiheit und das Hochschulwesen frontal anzugreifen, ergibt sich aus der Fähigkeit der Studierendenschaft, die Revolution an den Hochschulen voranzutreiben. Wissenschaft und Bildung sind keine bloßen Mittel der Befreiung, sondern sie sind emanzipatorisch und ein Resultat erfolgreiche Kämpfe um die Menschheit! Der Kampf um sie geht weiter. Die Hochschulen im Kapitalismus dienen der Produktion von technisch-wissenschaftlichem Fortschritt, spezialisierten Arbeitskräften und Ideologie. Deshalb sind sie ein Betrieb lebendiger Kämpfe - des Klassenkampfs! Unser Kampf ist ein Kampf um Interessen, Wissenschaftsinhalte, Demokratisierung des Betriebs, und um das Bewusstsein unserer Kommiliton*innen. Wir kämpfen am Campus, in den Seminaren und den Gremien für:

1. Junge Alternative Kongress blockieren

Die Neugründung für die Junge Alternative ist für den Herbst 2025 geplant. Widersetzen, plant dafür breiten Protest mit zivilen Ungehorsam als Aktionsformen. Als SDS wollen wir für die Aktion Studierende mobilisieren. Viele Leute, die zu solchen Aktionen fahren, haben noch keine feste Organisierung. Als sozialistischer Studiverband wollen wir den anschlussfähigen Antifaschismus mit weiter reichenden politischen Perspektiven verbinden. Heißt konkret: wir wollen antikapitalistische und sozialistische Positionen innerhalb der Bewegung stärken. Dabei ist es wichtig, gezielt ideologisch zu intervenieren: beispielsweise durch Mobi-Veranstaltungen oder auch durch Broschüren (vgl. Widersetzen in Essen).

2. Palästina

Der fortlaufende Genozid wird weiterhin von Deutschland unterstützt und macht es immer dringender aktiv zu werden. Kapazitäten und Wissensstände zu dem Thema in den Ortsgruppen sind sehr unterschiedlich. Dem kommenden Bundesvorstand wird empfohlen gemeinsam mit der Geschäftsführung verschiedene niedrigschwellige Vorträge und Workshop-Konzepte sammeln und dem Verband zur Verfügung stellen. Außerdem wollen wir eine Liste mit externen Referent*innen erstellen, die man zu verschiedenen Themen (bsp. Antisemitismusbegriff, Geschichte Palästinas etc.). einladen kann. Darüber hinaus werden wir ein Konzept für eine Filmvorführung von „No Other Land“ erarbeiten.

Der sich veränderte Diskurs könnte zur Folge haben, dass es breitere Proteste geben wird, die das Ende des Genozids fordern. Als Sozialist*innen ist es unsere Aufgabe, diese Proteste zu begleiten. Dadurch, dass die Bewegung breiter werden könnte, läuft man Gefahr, dass radikalere Akteure der Bewegung isoliert werden. Der Kampf für ein freies Palästina bedeutet mehr als das Ende der aktuellen Angriffe Israels. Anschlussfähigkeit ist wichtig, darf aber nicht bedeuten, dass wir unsere Positionen aufweichen.

Beim letzten Parteitag gab es einen Antrag, sich auf die Jerusalemer Erklärung zu beziehen. Bereits jetzt versuchen verschiedene Akteure in der Partei diesen Beschluss zu kippen. Als Studiverband ist es unsere Aufgabe in der Partei um palästina solidarische Positionen zu ringen. Ein solches Intervenieren ist möglich u.a. durch Beiträge auf Parteitagen oder Versammlungen sowie durch gemeinsame Bildungsveranstaltungen.

3. Frieden

Im aktuellen Kontext gewinnt der Kampf um die Zivilklausel eine ganz neue Qualität. Die Kürzungen im Bildungsbereich bedeuten nicht nur eine Umverteilung zugunsten von Rüstung, sondern auch eine Disziplinierung der Wissenschaft: kriegsrelevante und fördernde Forschung wird durch Drittmittel gefördert, während kritische Fachbereiche wie Gender Studies, Literatur- oder Migrationsforschung kaputtgespart werden sollen. Gleichzeitig wirkt die Prekarisierung wissenschaftlicher Arbeit - sowohl von SHKs als auch im akademischen Mittelbau und technisch-administrativen Bereich - als Abschreckung gegenüber kritischen Stimmen.Diese Entwicklungen machen die Auseinandersetzung um Zivilklauseln besonders relevant. Nur eine Wissenschaft für Frieden und im Dienst der Menschheit kann die Knechtschaft des Kapitals überwinden.. Der Gegensatz zwischen "Butter und Kanonen" spitzt sich auch im Bildungs- und Wissenschaftsbetrieb immer weiter zu.

Vor dem Hintergrund zunehmender Kriegsvorbereitungen der Kriegs- und Völkermordunterstützung in Nahost und der entsprechenden Offensive gegen Zivilklauseln und Wissenschaftsfreiheit hierzuland wächst das Bewusstsein für eine demokratische, friedensorientierte und eingreifende Wissenschaft und Hochschule. Damit steigt auch die Bereitschaft, mitzuwirken – ob im Protest, in Fachschaften oder in Seminaren. Als SDS setzen wir uns in Gremien und Bündnissen für Friedenswissenschaft als Leitwissenschaft an allen Fachbereichen und Instituten ein:

- Wir erstreiten und gestalten proaktiv Autonome Tutorien und Seminare, Veranstaltungen und (autonome) Ringvorlesungen, die sich mit der Rolle der Wissenschaft zur Verwirklichung der Menschenrechte und der Bewältigung gegenwärtiger Menscheheitsprobleme hin zu einer friedlichen, sozial-ökologischen und emanzipierten Gesellschaft beschäftigen.
- Uns in den betrieblichen Kämpfen an der Hochschule involvieren. Wir involvieren uns in die Kämpfe an und um unsere Hochschulen und tragen so zur Bildung von Klassenbewusstsein bei unseren Kommiliton*innen bei. Unsere Kämpfe um bessere Studienbedingungen und andere Wissenschaftsinhalte sind nichts anderes als ein Kampf um Frieden und De-

mokratie. Mit dem entsprechenden Verständnis müssen wir als sozialistischer Verband in den verschieden Gremien und Verwaltungsorganen der Universität in die Auseinandersetzung kommen, um die konkreten Konflikte an den Fachbereichen, Instituten und Universitäten im Kontext der Zeitenwende und Kriegsvorbereitung zu verallgemeinern. Als Studierende sind wir alle in der Lage, kollektive und objektive Interessen gemeinsam zu entwickeln. Darüber hinaus müssen wir unsere Präsenz am Campus (z.B. über Infotische, Kundgebungen, Lesungen, usw.) ausbauen und verstetigen.

- Wir streiten an unseren Hochschulen für den Aufbau internationaler wissenschaftlicher Kooperationen unter zivilen Maßstäben, insbesondere mit Palästina, Russland und China. Wissenschaftlicher Austausch und Kooperation ist mehr als ein Austausch von Daten und Ergebnissen. Es ist ein Dialog zwischen wissenschaftlichen und kulturellen Erben; zwischen Geschichten und Weltanschauungen; es ist lebendiger Internationalismus! Wissenschaftliche Kooperation trägt zur Entwicklung eines emanzipatorischen Geschichtsverständnisses sowie der Beseitigung von Menschheitsproblemen bei. Nur wenn wir als Studierende und Wissenschaftler*innen miteinander reden, gemeinsam lernen, forschen und eingreifen, entwickelt die Menschheit ihre Friedensfähigkeit.

4. Soziales

Wir verstehen uns als Studierende als Teil der arbeitenden Klasse und unsere Hochschule als Betrieb, in dem wir selbstbewusst für unsere eigenen Interessen und die Befreiung unserer Klasse von Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen. Das BAföG für Alle und die Ausfinanzierung der Hochschulen sind notwendige Grundlagen unserer Kämpfe um Befreiung der Wissenschaft. Die zunehmende Militarisierung drückt sich an der Hochschule als Zuspitzung der Verwertbarkeit von Studienfächern für Kapital und Militär aus, was u.a. durch Drittmittel-Abhängigkeit und erhöhte Kürzungen erwirkt wird.

Als SDS treiben wir den Kampf gegen Bildungskürzungen in Fachschaften, Gremien und Bündnissen voran und machen deutlich, dass ein BAföG für Alle und eine öffentlich ausfinanzierte Hochschule nicht nur möglich, sondern notwendig sind, damit die Wissenschaft ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für friedliche, demokratische und sozial-ökologische Entwicklung gerecht wird. In den Ortsgruppen und im BAK Hochschulpolitik arbeiten wir an der Förderung der entsprechenden Aktivitäten und der Entwicklung von Konzepten für demokratische Studienreformen aus den einzelnen Disziplinen. Im kommenden September wollen wir die Fragen nach studentischer Selbstbestimmung unter dem Motto “BAföG Für Alle erkämpfen!” weiter vorantreiben und gemeinsam, inhaltlich wie auch strategisch, mit unseren Bündnispartnern den Kampf vertiefen.

Antifaschismus

A5 Antrag für einen SDS-Jugendkongress

Die Linke.SDS organisiert unter Finanzierungsvorbehalt einen Jugendkongress innerhalb der nächsten zwölf Monate. Zur Vorbereitung und Durchführung des Kongresses wird ein Kongress-Team eingerichtet, das allen interessierten SDS-Genoss*innen offen steht. Das Kongress-Team stimmt sich dabei eng mit dem Bundesvorstand ab. Zu den Aufgaben gehört die inhaltliche und organisatorische Gestaltung des Kongresses, aktive Einbindung der SDS-Ortsgruppen und die Koordinierung der Mobilisierung für den Kongress. In der Vorbereitung des Kongress sollen die Erfahrungen des System-Change-Kongress einbezogen werden, die insbesondere das Erreichen der drei für den Jugendkongress vorgenommenen Ziele (1. Erhöhung der Bekanntheit, 2. ideologische Intervention, 3. Neugründungswelle) und die Budgetplanungen für das Orgateam zugänglich gemacht werden und eine positive Fehlerkultur im Verband zu etablieren. Die Bundesgeschäftsführung und die Schatzmeister*in entwickeln in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand ein passendes Finanzierungskonzept. Dieses soll unter anderem Fördermittel, Spendenkampagnen und Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen berücksichtigen. Vor Beschlussfassung des Finanzplans findet zur Meinungsbildung ein verbandsöffentlicher Zoom statt, in dem dieser vorgestellt wird. Bundesgeschäftsführung, Schatzmeister*in und Bundesvorstand sind dazu angehalten, an diesem Zoom teilzunehmen. Um möglichst viele Ortsgruppen in das Projekt einzubinden, soll das Kongressteam ein Konzept für eine vorbereitende Veranstaltungsreihe entwickeln, die als lokaler Diskussionsrahmen und Mobilisierungsinstrument dienen kann. Es wird im Anschluss ein Nachbereitungstreffen und (Bildungs-)Angebot geben, das das Kongressteam in Absprache mit dem Bundesvorstand entwickelt und umsetzt. Dieses soll die neu gewonnenen Mitglieder und Ortsgruppen begleiten und ihre langfristige Integration in den SDS sicherstellen. Die GruKa wird hierbei adäquat bei der Betreuung von Neugründungen und Gruppenaufbau unterstützt.

A8 Neugründung der Jungen Alternative verhindern – Der Kampf um eine neue antifaschistische Generation

I. Die Faschisierung der AfD und ihr politisches Vorfeld

Die Radikalisierung der AfD schreitet weiter voran. Spätestens mit der offenen Verwendung des Begriffs „Remigration“ auf dem Parteitag in Riesa ist der Schulterschluss mit faschistischen Kräften wie dem „Höcke-Flügel“ vollzogen. Parallel dazu erleben wir einen gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck: Forderungen, die vor wenigen Jahren den radikalen Rechten zuzuordnen waren, werden heute von CDU und SPD in der Regierungsverantwortung übernommen und bereits heute praktisch umgesetzt.

Diese Entwicklung bleibt jedoch bei weitem nicht auf Parlamente beschränkt. Mit der institutionellen Rückendeckung der AfD gewinnen außerparlamentarische, faschistische Strukturen immer mehr an Stärke. Das strategische Ziel des faschistischen Kerns der AfD und ihres Vorfeldes ist der Aufbau eines breit in die Gesellschaft hineinreichenen reaktionären Umfeldes und die sukzessive programmatische sowie praktische Verschiebung hin zu einer faschistischen, zuletzt militanten Massenbewegung, bis hin zu einem faschistoiden Umbau - wenn nicht Umsturz - der BRD. Besonders bedroht davon sind wir alle, insbesondere all jene, die nicht ihrem nationalsozialistisch-völkischen Weltbild entsprechen – Migrant*innen, Jüd*innen, Queers, Linke, proletarisierte Menschen und nicht zuletzt alle linken Institutionen und Organe des organisierten Klassenkampfes von unten.

Die angekündigte Neugründung der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ im Herbst 2025 ist Teil dieser Strategie. Mit einer neuen Jugendorganisation zielt die AfD auf Rekrutierung und ideologische Festigung junger Anhänger*innen an Schulen, Hochschulen und in digitalen Räumen. Ihre Aufgabe besteht darin, neofaschistische Ideen in gesellschaftlich anschlussfähiger Form unter Jugendlichen zu verbreiten.

II. Eine neue antifaschistische Bewegung - Eine Generation des Widerstandes

Gleichzeitig formiert sich eine neue antifaschistische Generation, die sich gegen diese Entwicklung stellt. Die Proteste gegen den AfD-Parteitag in Riesa zeigten das immense Potenzial: Über 10.000 Menschen – viele davon erstmals politisch aktiv – verhinderten effektiv über zwei Stunden die Parteitagseröffnung. Dieses Erleben kollektiver Selbstwirksamkeit hatte zur Folge, dass viele Aktivist*innen sich radikalisierten, politisierten und den Wunsch nach langfristiger Organisierung entwickelt haben. Dieses Moment ist aber kein Automatismus. Es bedarf bewusster und strategischer Begleitung, um die Bewegung von bloßer Gegenwehr hin zur sozialen Kraft zu entwickeln. Antifaschistische Arbeit darf aus Perspektive des sozialistischen Antifaschismus nicht bei moralischer Empörung oder symbolischem Protest stehen bleiben. Die Kraft liegt darin, verbindende Erfahrungen zu schaffen, sozialistische Organisierung voranzutreiben und dadurch politische Schlagkraft zu entwickeln.

In vielen Städten haben wir erlebt, dass das Potential einer Ausweitung der antifaschistischen Bewegung existiert. In Essen und in Riesa. In mehreren Städten, in denen es gelungen ist, Aufmärsche von Neonazi-Strukturen zu verhindern. In dutzenden Städten, in welchen sich Studis gegen Rechts und Widersetzen Gruppen gegründet haben. Zehntausende, die im letzten Wintersemester bundesweit an den Vollversammlungen gegen Rechts teilgenommen und zuletzt an hunderttausenden jungen Menschen, welche Die Linke gewählt haben.
Die historische Aufgabe der gesellschaftlichen Linken in Zeiten des umfassenden doppelten Rechtsrucks ist es, die antifaschistische Bewegung zu revitalisieren. Und in dieser Bewegung steckt nicht nur ein enormes Potential, welches es gilt weiter auszubauen, sondern es ist unsere Aufgabe als Sozialist*innen daran entschieden mitzuwirken und antikapitalistische Kerne der Bewegung auszubauen.

III. Einheitsfront, organisationaler Aufbau und ziviler Ungehorsam

Angesichts einer realen faschistischen Gefahr reicht es nicht, auf eine rein kohärente antifaschistisch-sozialistische Bewegung oder auf Momente der spontanen Mobilisierungen zu setzen. Notwendig ist eine gemeinsame antifaschistische Front aller Arbeiter*innen, mit dem klaren Ziel die faschistische Bewegung zu stoppen. Das heißt: Ihre gesellschaftliche Basis zu schwächen, durch Intervention den faschistischen Kern in der AfD zu isolieren, diesen von ihrem politischen Umfeld zu lösen und nicht zuletzt dabei den Widerstand von unten aufzubauen.
Widerstand gegen den Rechtsruck formiert sich nicht mechanistisch von allein. Um wirksam zu sein, braucht es eine bewusste Strategie und organisierte Zusammenarbeit. In der Tradition der historischen Einheitsfrontstrategie bedeutet das für uns: Gemeinsam mit allen antifaschistischen Kräften zu handeln – ohne dabei unsere sozialistische Perspektive aufzugeben. Die Einheitsfront verstehen wir dabei nicht als ein bloßes Bündnis um des Bündnisses willen, sondern als ein strategisches Mittel, um Massen in Aktion zu bringen - wenn wir den Faschismus verhindern wollen, müssen wir notwendigerweise breite Teile der Gesellschaft in die antifaschistische Aktion führen. Die Einheitsfronttaktik zielt deshalb nicht nur auf die Vermittlung einer möglichst kohärenten Analyse des Faschismus, sondern auf praktische Stärke ab: Der Erfolg jeder Aktion bemisst sich letztlich daran, ob die gesamte antifaschistische Bewegung durch sie an Schlagkraft und Zuversicht gewinnt und vor allem ob sie dazu beiträgt, die Gewerkschaften in den Kampf zu ziehen, bis hin zu Streiks und einer Massenbewegung der Arbeiter*innenklasse gegen den Rechtsruck und die Kürzungen. Nur so können wir den Rechtsruck effektiv zurückdrängen, denn eine Weigerung, breitere Bündnisse einzugehen, würde angesichts der derzeitigen Schwäche der gesellschaftlichen Linken bedeuten, die Straße den Rechten zu überlassen.
Dennoch muss uns immer klar sein, dass der Faschismus Ausdruck einer kapitalistischen Krisenreaktion ist und wir den antifaschistischen Kampf auch in eine umfassende Klassenpolitik einbetten müssen. Ohne diese strategische Tiefe bleibt jede Taktik letztlich defensiv. Entscheidend ist dabei nur, dass wenn wir unsere Alternative zum kapitalistischen System

aufzeigen, diese nicht zugleich zur Eintrittsbedingung in die antifaschistische Bewegung machen dürfen, da wir dann unsere politische Schlagkraft verlieren.

Das heißt für unsere mittelfristige antifaschistische Strategie:

- Breite mobilisieren: Mit allen, die bereit sind, dem Faschismus entgegenzutreten – unabhängig von Parteizugehörigkeit – aber ohne unsere sozialistische Position aufzugeben.
- Politisierung: In der Aktion entsteht durch die Erfahrung der Selbstermächtigung ein widerständiges Bewusstsein. Unsere Aufgabe als Sozialist*innen ist es, diese Suche nach den Alternativen zum Bestehenden ernst zu nehmen und eine marxistisch fundierte Analyse des Faschismus anzubieten.
- Schlagkräftige Organisation aufbauen: Antifaschismus ist keine Momentaufnahme – er muss zur Schule politischer Organisierung werden. Unsere Aufgabe als SDS ist es auch, eine Kultur des Antifaschismus an den Hochschulen aufzubauen.

Für die Umsetzung dieser Strategie ist der massenhafte zivile Ungehorsam ein zentrales taktisches Mittel. Blockaden und die direkte Konfrontation der Faschisten in den Aktionen markieren physisch und symbolisch, dass es keinen Platz für Faschismus gibt – nicht im Parlament, nicht auf der Straße, nicht an der Uni. Dabei geht es nicht nur um den Moment des Widersetzens selbst, sondern auch um die politische Arbeit davor, danach und die Erfahrung, die alle wir alle in der konkreten Praxis sammeln.

IV. Unsere Aufgabe als sozialistischer Studierendenverband in der aktuellen antifaschistischen Bewegung

Wir tragen als sozialistische Kraft an den Hochschulen eine dreifache Verantwortung:

1. Mobilisierung an den Hochschulen:
   Wir verstehen uns als Kraft an den Hochschulen, welche diese wieder zu Orten des kollektiven Widerstandes aufbaut. Dort leisten wir antifaschistischen Widerstand gegen rechte Profs, stellen herrschaftslegitimierende Lehrinhalte infrage und helfen uns solidarisch gegen den neoliberalen Alltag. Damit wird der SDS ein sozialistischer Impulsgeber mit Strahlkraft, der das politische Bewusstsein der Kommiliton*innen weckt. Mittels inhaltlicher Veranstaltungen, Aktionsvorbereitungen und niedrigschwelliger Bildungsangebote, können wir neue Genoss*innen gewinnen und bundesweit tausende in die antifaschistische Aktion bringen.
2. Sozialistische Perspektive und Organisierung:
   Wir bringen eine Analyse in die Bewegung ein, die Faschismus nicht als spontanen Ausnahmezustand, sondern als Ausdruck kapitalistischer Krise begreift. Wir schlagen Brücken zu anderen Kämpfen – gegen Militarisierung, für soziale Gerechtigkeit, gegen rassistische, antifeministische, queerfeindliche und abolitionistische Politik. Wir organisieren nicht nur Gegenwehr, sondern Offensive.
3. Der Kampf um unsere Generation: Aktuelle Wahlumfragen legen nahe, dass der Alltagsverstand unserer Generation gespalten ist. Es gibt große Teile, die zuletzt der AfD und re-

aktionären Kräften ihre Wahlstimme gegeben haben und immer mehr Jugendliche organisieren sich in rechten Strukturen. Jedoch gibt es auch einen großen Teil, der für linke und sozialistische Ideen zu begeistern ist und beginnt sich antifaschistisch, progressiv oder auch anti-kapitalistisch zu organisieren. Unsere Aufgabe ist es, den Kampf um diese Generation anzunehmen.

V. Ein weiterer Schritt: Neugründung der Jungen Alternative verhindern

Im Kampf um unsere Generation ist es entscheidend, der AfD ihre institutionelle Macht streitig zu machen, sie organisatorisch zu schwächen und zugleich die Kampfbereitschaft junger, studentischer, linker und progressiver Kräfte gegen den Faschismus konkret erfahrbar zu machen. Wir können es nicht unwidersprochen lassen, wenn die AfD erklärt, die Jugend sei rechts. Wir teilen daher das Ziel, die Neugründung der Jungen Alternative im Herbst 2025 gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Widersetzen zu verhindern. Das Aktionsbündnis plant breiten Protest und wählt dabei das Mittel des massenhaften zivilen Ungehorsam. Dieser taktischen Ausrichtung wollen wir uns anschließen.

1. Als DieLinke.SDS wehren wir uns gegen die Neugründung der Jungen Alternative und rufen zur Beteiligung an den vom Aktionsbündnis Widersetzen geplanten Gegenprotesten im Herbst 2025 auf.
2. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, breite Teile unseres studentischen Umfelds für den Gegenprotest zu mobilisieren.
3. Wir flankieren die Proteste mit Angeboten der politischen Bildung und unter finanziellen Vorbehalt durch die Publikation einer neu aufgelegten Antifa-Broschüre, die wir beispielsweise während gemeinsamer Anreisen und in den Blockaden an interessierte Aktivist*innen verteilen.
4. Wir etablieren eine kontinuierliche antifaschistische Arbeit an den Hochschulen. Wir verteidigen Disziplinen wie Post-Colonial Studies, Queer Studies und Gender Studies gegen Angriffe von Rechts, deren Wissenschaftsverständnis sich auf Herrschaftslegitimation begrenzt. Ein zentraler Akteur ist dabei das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit, welches Akteure aus der rechten Szene duldet.[6]
5. Die Gründungen von AfD-nahen Hochschulgruppen blockieren wir möglichst, eine Zusammenarbeit schließen wir selbstverständlich aus und wir schaffen bundesweite Vernetzungsstrukturen (bspw. durch einen digitalen Strategieaustausch über rechte Strukturen an Hochschulen), um dem Faschismus auch auf dem Campus und in den Studierendenparlamenten entgegen zu treten.

6 https://www.bdwi.de/forum/archiv/uebersicht/11193364.html

Feminismus

A2 Aktiv gegen Antifeminismus: CSDs supporten!

DieLinke.SDS ruft alle Ortsgruppen auf, lokal zu den umliegenden CSD Veranstaltungen und Pride Marches zu gehen und in ihren Kreisen dorthin zu mobilisieren.
Die Linke.SDS wird als bundesweiter Verband kollektiv zu zwei besonders gefährdeten CSD-Veranstaltungen oder Pride Marches fahren, um uns dort geschlossen als Bundesverband gegen mögliche Störaktionen zu stellen und die CSDs und Pride Marches zu unterstützen. Dabei wollen wir von der schon geleisteten Arbeit profitieren und keine eigenen Strukturen zur Unterstützung kleinerer CSDs und Pride Marches aufbauen, sondern uns schon bestehenden Bündnissen anschließen.
Um die Aktionen bundesweit zu koordinieren und inhaltlich vorbereiten, wird eine Veranstaltung auf Zoom organisiert. Diese gibt einen Input über den aktuellen Antifeminismus und die Relevanz davon, CSDs und Pride Marches zu verteidigen. Danach wird Raum für die Koordination und Fragen geöffnet. Des Weiteren werden Ansprechpersonen für koordinative Fragen festgelegt, an welche sich SDS-Ortsgruppen wenden können.

A14 Unterstützung von Studis setzen Grenzen

- die Unterstützung der Petition „Kamerafreie Campus Klos! Schluss mit sexualisierter Gewalt an Universitäten!“
- die Übernahme der Ziele der Petition: 1. gesetzlicher Schutz von Studierenden vor sexualisierter Gewalt. 2. Einrichtung von Meldestellen und Entwicklung von Richtlinien an allen Universitäten in Deutschland. 3. Präventive Maßnahmen, damit Täter keine Täter werde
- die konsequente Aufarbeitung von Vorfällen sexualisierter Gewalt und Machtmissbrauch,
- den gesetzlich festgelegten Schutz vor sexualisierter Gewalt und Machtmissbrauch zu gewährleisten,
- sicherzustellen, dass unabhängige Meldestellen vor Ort verfügbar sind sowie eine landesweite, unabhängige Meldestelle. Diese sollen klare Richtlinien haben,
- dass die Hochschulen ihrer Pflicht präventive Maßnahmen zum Schutz aller Student*innen auch Nachkommen und Zuständigkeiten zu klären,
- Schutz für Student*innen nach der Meldung eines Vorfalles, das Studium in einem sicheren Rahmen weiterführen zu können,
- Fehlverhalten muss Konsequenzen nach sich ziehen,
- verpflichtende regelmäßige Schulungen für alle Beschäftigten und Lehrenden zu den Themen sexualisierte Gewalt, Machtmissbrauch und diskriminierungssensibles Verhalten,
- die Erstellung verbindlicher, umfassender Schutz- und Handlungskonzepte gegen sexualisierte Gewalt und Machtmissbrauch für alle Hochschulen, die regelmäßig aktualisiert werden
- Die Zunahme sexualisierter Gewalt ist Ausdruck eines steigenden Antifeminismus. Dessen Bekämpfung kann sich nicht in Strafverfolgung und staatlichen Präventionsmaßnahmen erschöpfen, sondern muss auch Teil einer sozialistischen, antifaschistischen Aktion sein, deren Ziel die Überwindung des Kapitalismus und geschlechtsbasierter Unterdrückung ist.
- Der Bundesvorstand wird damit beauftragt, die Petition in seiner Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.

Frieden und Internationalismus

A3 Solidarität mit Kuba ist Frieden für die Welt

Der Bundeskongress schließt sich der Abschlusserklärung der diesjährigen Kuba-Jugendbrigade von SDS, Linksjugend [‘solid] und Cuba sí an:

„Wir stehen ungebrochen an der Seite der kubanischen Revolution und ihren Errungenschaften. Als sozialistische Alternative ist Kuba seit der Revolution 1959 stetigen Angriffen ausgesetzt: mehr als 60 Jahre mörderische Handels-, Finanz- und Wirtschaftsblockade der USA, Desinformationskampagnen, die falsche und denunzierende Listung als „terrorunterstützender Staat“. Unter der Regierung Trump und der sich im Zerfall befindenden Vorherrschaft der Vereinigten Staaten spitzt sich die Lage auf Kuba und weltweit zu.

Wir sehen wie der US-geführte Imperialismus sich im Niedergang befindet und versucht sich mit Händen und Füßen zu verteidigen: Ddie Handelskriege der USA, der Stellvertreterkrieg um die Ukraine, der nun schon drei Jahre andauert, der Genozid in Palästina und die Rechtsentwicklung in den imperialistischen Zentren. Dabei gewinnen sie nicht langfristig an Stärke, sondern schaufeln sich ihr eigenes Grab. Diese Entwicklungen sehen wir auch in der EU und Deutschland: Militarisierung und Kriegsvorbereitungen durch Milliardenschwere Aufrüstungspakete, Zerschlagung der Errungenschaften und Rechte der Arbeiterklasse, eine unmenschliche Migrationspolitik und eine Verelendung breiter Schichten der Bevölkerung sind Ausdruck einer gefährlichen Rechtsentwicklung. Dem können wir nur als Klasse begegnen, indem wir mit neuer Kraft und Selbstbewusstsein für die Verwirklichung des Schwurs von Buchenwald kämpfen:

> *„Der Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Die Zerschlagung des Nazismus in seinen Wurzeln ist unsere Losung“*.

Gemeinsam können wir eine Alternative zum Kapitalismus aufbauen!

Der Widerstand unserer kubanischen Genossinnen und Genossen und das stetige Voranschreiten der kubanischen Revolution zeigen uns, dass es möglich ist. Das kubanische Volk baut diese Alternative Tag für Tag, trotz aller Schwierigkeiten. Auf der diesjährigen 1. Mai-Parade konnten wir erleben, was für eine Macht und Ausstrahlungskraft das geeinte Schaffen der Arbeiterinnen und Arbeiter auf Kuba hat. Eine geeinte und kämpferische internationale Arbeiterklasse ist dazu in der Lage, die Kriege, den Hunger und die Armut in der gesamten Welt zu bezwingen.Wir folgen dem Beispiel Kubas und kämpfen um die Gesellschaft und ihre Institutionen, als Ganzes. Als Brigadistinnen und Brigadisten streiten wir daher an unseren Lebensschwerpunkten, in unseren Organisationen und in unserer Partei Die Linke für:

- Freundschaft zwischen den Völkern, insbesondere mit den Kubanerinnen und Kubanern und Solidarität mit ihrer Revolution, indem wir gezielt Partnerschaften mit Kuba (weiter)entwickeln. Beispielsweise in Form von Städtepartnerschaften, Wissenschaftskooperationen und Austauschprogrammen.

- Ein Ende des laufenden Genozids an der palästinensischen Bevölkerung und einen Wiederaufbau Gazas.
- Demokratische und gerechte Internationale Institutionen, in denen nicht nur der globale Süden stärker repräsentiert ist, sondern alle Völker vereint die Gestaltung der Welt in die Hand nehmen. ¡Hasta la victoria siempre!

Nie hat uns die Welt mehr gebraucht als jetzt!
Auf, auf zum Kampf!“

Darüber hinaus soll...

- die **Abschlusserklärung** auf den Kanälen des SDS (Website, Instagram) veröffentlicht und sowohl dem Parteivorstand und der Internationalen Kommission der Partei Die Linke zugesandt werden.
- **die Jugendbrigade von SDS, Linksjugend [‘solid] im kommenden Jahr 2026 fortgeführt werden**. Hierfür unterstützt der Verband die kommende Brigade mit finanziellen Mitteln in Höhe von 1000€, damit möglichst vielen Genoss*innen die Teilnahme an der Reise und an den Vorbereitungs-/Nachbereitungswochenenden möglich gemacht werden kann.
- die Brigade dazu beitragen, um bundesweit innerhalb des Verbandes die **Bildung und Debatten** über die Entwicklungen auf Kuba und im restlichen Globalen Süden zu vertiefen, etwa mithilfe des entsprechenden Abschlussberichtes, von Reiseberichten und Vorträgen in verschiedenen Ortsgruppen.
- der **Austausch mit der Linksjugend [‘solid]** gesucht werden. Außerdem setzt sich der SDS dafür ein, dass auch auf dem kommenden Bundeskongress der Linksjugend [‘solid] ein entsprechender Antrag zur Fortführung der Brigade behandelt und beschlossen wird.

A6 Wir kämpfen gegen eure Kriege! - Für die Abschaffung der Wehrpflicht

Die derzeitige Mega-Aufrüstung und ihre Hintergründe

Die „Zeitenwende“ inklusive des 100 Milliarden-Sondervermögens für die Bundeswehr, die unser ehemaliger Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar 2022 eingeleitet hat, ist heute längst übertrumpft. Die zu dem Zeitpunkt noch gar nicht konstituierte neue Bundesregierung aus Union und SPD hat mehr oder weniger am Parlament vorbei im März 2025 ein noch größeres Infrastruktur-Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden durchgesetzt, das die marode Infrastruktur in Deutschland kriegstüchtig machen soll. Die Schuldenbremse, die in allen anderen Bereichen streng eingehalten werden soll, wird für eine theoretisch unbegrenzte Aufrüstung ausgesetzt.[7]
Legitimiert wird dies durch die angeblich akute russische Bedrohung für Deutschland und die NATO. Tatsächlich findet die derzeitige Aufrüstung im Kontext einer Weltordnung im Umbruch und Blockkonfrontation zwischen China und den USA statt. Während die USA einen relativen Abstieg ihrer globalen Hegemonie erfahren, steigt China relativ auf. Auch der Ukraine-Krieg ist ohne diesen Kampf um die globale Hegemonie nicht zu verstehen. Der Ukraine-Krieg hat sich zunehmend zu einem reinen Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland entwickelt, mit dem Ziel, Russland langfristig zu schwächen, sodass die USA den Weg für ihren „Schwenk nach Asien“ und die Auseinandersetzung mit China frei machen kann.[8] Gleichzeitig versucht auch die EU und allen voran Deutschland in dieser Auseinandersetzung militärisch eine stärkere Rolle einzunehmen und verteidigt (v.a. in der Ukraine und Israel) auch eigene imperiale Interessen, u.a. einen Zugang zu den ukrainischen Ressourcen. Die Ukraine hängt am Tropf westlicher Gelder und auch der Wiederaufbau ist bei einem Ende des Krieges im Sinne der Profite für Blackrock und Co. bereits ausgemacht.[9]
Zudem neigt sich der halbherzige Versuch einer grünen Transformation des Kapitalismus dem Ende - gegen China sind weder die USA noch die EU im Bereich des ‘green tech’ kaum wettbewerbsfähig. Stattdessen erleben wir den Kapitalismus in Form eines Rüstungskeynesianismus[10] und stärkerer Staatsinterventionen mit dem Ziel, ökonomische Interessen auch militärisch zu verteidigen.

Vor diesem Hintergrund spielt auch die Debatte um eine Wiedereinführung der Wehrpflicht, die vor allem die Jugend (also auch uns) betrifft, eine Rolle. Während der jetzige Koalitionsvertrag den Wehrdienst noch als „freiwillig“ verhandelt[11], werden Stimmen lauter, wonach ein zwangsbewehrter Pflichtdienst notwendige Voraussetzung für eine echte Abschreckungsfähigkeit sei. So z.B.

7 Bundestag: Zweidrittelmehrheit für Finanzpaket
8 Solty, Ingar (2024): Die Sechsdimensionenkrise des globalen Kapitalismus.
9 ebd.
10 u.a. Candeias, Mario (2025): Konversion, falschherum. Konversion, falschherum - Rosa-Luxemburg-Stiftung
11 Koalitionsvertrag 2025, S. 130. koav_2025.pdf

Joschka Fischer: „Wenn wir abschreckungsfähig werden wollen, wird das ohne Wehrpflicht nicht gehen“.[12] Das ganze Spektrum von neonazistisch bis bürgerlich: Alle fordern, dass unsere Generation kriegstauglich gemacht werden soll. Wir sollen für die Interessen des deutschen Kapitals zur Waffe greifen und im Zweifel auf Arbeiter:innen aus anderen Ländern schießen.
Als Sozialist:innnen kann das für uns nur eines bedeuten: Wir müssen uns diesem Vorhaben mit aller Kraft widersetzen!

Kommt die Wehrpflicht?

Beim Treffen der NATO-Kriegsminister am 05. Juni 2025 bestätigten sich Vorstöße, wonach das künftige Ziel für Militärausgaben im Bündnis auf 5% des BIP (3,5% genuine Militärausgaben und 1,5% „verteidigungsrelevante Infrastruktur“) ansteigen soll - eine Forderung, die von Trump schon im Januar diesen Jahres aufgestellt wurde.
Im Rahmen dieses Treffens verkündete der deutsche Kriegsminister Boris Pistorius, dass es für die Einhaltung der NATO-Aufrüstungsziele aus Sicht der Bundeswehr erforderlich sei, die Stärke des stehenden Heeres in den kommenden Jahren um 60.000 aktive Soldat:innen aufzustocken - die Bundeswehr würde dann über 240.000 Soldat:innen umfassen. Pistorius machte ferner deutlich, dass die Freiwilligkeit bei der Rekrutierung Grenzen habe, wenn die nötigen Rekrut:innen nicht von alleine kämen.[13] Daraufhin plädierte der neue Wehrbeauftragte Henning Otte dafür, jetzt erste Schritte für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht vorzubereiten: „Die verpflichtenden Elemente müssen jetzt vorbereitet werden. Sie müssen erhöhbar sein, skalierbar.“[14] Die massiven Aufrüstungspläne werden über kurz oder lang nicht ohne die Wehrpflicht realisierbar sein.[15] Bundeswehrverbandschef André Wüstner prognostiziert, dass es zur Hälfte der Legislatur zu einem Umsteuern in der Frage der Freiwilligkeit kommmen wird.[16] Realistischerweise werden wir in den kommenden Monaten und Jahren einen schrittweisen Prozess erleben, bei dem immer mehr „verpflichtende Elemente“ auf die Jugend zukommen. Die Bundesregierung orientiert sich dabei am **„**schwedischen Modell“, das allgemeine und verpflichtende Eignungsbefragungen vorsieht, bei denen dann ein bestimmter Teil der Befragten ausgesiebt und eingezogen wird.

Omnipräsenz der Bundeswehr und Militarisierung der Forschung

„*Wir müssen kriegstüchtig werden. Ich weiß, das klingt hart.“*
- Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) im Herbst 2023

12 Joschka Fischer über die Aufrüstung Deutschlands: „Wir können uns nur auf uns selbst verlassen“ - DER SPIEGEL
13 https://www.youtube.com/watch?v=rgiE0baaclU
14 https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/otte-wehrpflicht-100.html
15 2024 hatte die Bundeswehr einen Nettozuwachs von gerade einmal 4300 Soldaten und dies gilt schon als sehr hoch. Allerdings liegt die Abbrecherquote bei ca. 25%. Insbesondere für den Aufbau einer großen Reserve führt laut dem Bundeswehrverband kein Weg an einem verpflichtenden Wehrdienst vorbei. Siehe dazu: https://www.bundeswehr.de/de/organisation/personal/personalbestand-bundeswehr-5890246?utm_source=chatgpt.com; https://www.youtube.com/watch?v=HY9R4KlizN0
16 https://www.deutschlandfunk.de/interview-andr-wuestner-bundeswehrverband-zusatzbedarf-von-60-000-soldaten-100.html

Ob in der Stadt, im Fitnessstudio oder auf dem Dönerpapier – die Präsenz der Bundeswehr in der Öffentlichkeit nimmt spürbar zu. Besonders sichtbar wird das an den Orten, an denen der Nachwuchs gesucht wird. In Schulen und teils auch in Universitäten inszeniert sich die Bundeswehr als moderner Arbeitgeber, als „Helden in Grün" – ein absurdes Bild, das die Realität des Soldatenberufs, Folgsamkeit und Töten für die Durchsetzung kapitalistischer Interessen mit militärischen Mitteln, verschleiern soll. Diese Rekrutierungsoffensive dient nicht nur der Nachwuchssicherung der Truppe. Die Omnipräsenz der Bundeswehr, weit über Berufsmessen hinaus, dient der Normalisierung und Zustimmung zur Bundeswehr. Es geht dabei nicht nur um Personalgewinnung, sondern um eine tiefgreifende ideologische Intervention: Die Militarisierung der Köpfe.

Die verstärkten Rekrutierungsversuche und die schleichende Wiedereinführung der Wehrpflicht sind die Spitze des Eisberges einer umfassenden Reihe von Maßnahmen zur Herstellung der sogenannten „Kriegstüchtigkeit" der Bundesrepublik. Es wird immer deutlicher, wie tief dabei in die zivilen Bereichen wie beispielsweise im Gesundheitswesen und in der Bildung interveniert wird. Auch im Hinblick auf die Hochschulen wird deutlich, wie der Ausbau des militärisch-industriell-universitären Komplexes vorangetrieben wird. Bereits 2024 forderte der damalige Wirtschaftsminister Robert Habeck diesbezüglich, Israel zum Vorbild zu nehmen.[17] Gleichzeitig wird massiv insbesondere in den Sozial- und Geisteswissenschaften gekürzt und damit die finanzielle Abhängigkeit der Forschung verstärkt. Die neue Bundesregierung plant unter anderem, Haushaltslöcher an Hochschulen durch Gelder aus dem Verteidigungshaushalt zu stopfen. Die Dramatik zeigt sich am bayerischen Gesetz zur Förderung der Bundeswehr an Schulen und Hochschulen, wo Forschungsbereiche, die keinen Beitrag zur militärischen Aufrüstung nachweisen können, um ihren Erhalt bangen müssen.[18] In Konsequenz dazu stehen auch die Zivilklauseln unter Beschuss. Diese zunehmenden Repressionen gegen kritische Stimmen an den Hochschulen und Forderungen wie von der damaligen Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger, kritischen Wissenschaftler*innen Forschungsförderung zu entziehen, sind keine Ausrutscher, sondern Teil des autoritären Umbaus.

Anti-Wehrpflicht als Ausgangspunkt für Antimilitarismus und eine neue Friedensbewegung

Es handelt sich dabei für unsere Generation um eine existenzielle Frage. 61% der unter 30-Jährigen lehnen die Wiedereinführung der Wehrpflicht ab.[19] Allerdings steht hinter dieser breiten Ablehnung offensichtlich noch keine kohärente friedenspolitische Perspektive, denn aktuelle Umfragen zeigen auch, dass 70% der 18- bis 29-Jährigen für eine deutliche Erhöhung der Militärausgaben sind.[20] Einmal mehr bestätigt sich hier Antonio Gramscis These von der Widersprüchlichkeit des

17 https://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/habeck-im-interview-zu-militaerforschung-so-koennen-wir-nicht-weitermachen-03/100018814.html
18 https://www.imi-online.de/2024/02/02/patriotismus-und-oekonomie/
19 https://www.jungewelt.de/artikel/501498.aufr%C3%BCstung-jugend-ans-gewehr.html
20 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1452114/umfrage/umfrage-zur-hoehe-der-verteidigungsausgaben-in-deutschland/

Alltagsverstands, der einerseits von den Ideen der Herrschenden durchdrungen ist, der aber andererseits auch **„**gesunden Menschenverstand**“,** bzw. einen „buon senso“ aufweist, welcher einen Anknüpfungspunkt für sozialistische Politik bietet. In der breiten Ablehnung der Wehrpflicht unter all denjenigen, die auch von ihr betroffen wären, äußert sich genau dieser „buon senso“. Hier treffen sich die objektiven und subjektiven Voraussetzungen, um den deutschen Imperialismus mit der größten Schlagkraft treffen zu können und von hier aus lassen sich Brücken zu anderen Bestandteilen einer umfassenderen antimilitaristischen Strategie an den Hochschulen aufbauen. Denn die Ablehnung der Wehrpflicht resultiert auch aus der Intuition, dass die Interessen des deutschen Staates nicht mit den eigenen zusammenfallen. Daran anknüpfend lässt sich ein kritisches Verhältnis zum deutschen Staat aufbauen und ein Verständnis für die Militarisierung der Hochschulen und ihrer Rolle im Kapitalismus. In diesem Sinne müssen wir den Widerspruch zwischen finanzieller Sicherheit, emanzipatorischer Bildung und internationaler Solidarität auf der einen Seite und der kriegsvorbereitenden Wehrpflicht auf der anderen Seite in unserer Arbeit nach vorne stellen. Dazu bietet sich Gelegenheit bei Gesprächen auf dem Campus oder Diskussionsveranstaltungen. Wir erkennen an, dass unsere Kommiliton*innen in erster Linie der Wiedereinführung der Wehrpflicht kritisch gegenüberstehen. Hier müssen wir ansetzen, wenn wir uns dem militärisch-autoritären Umbau der Gesellschaft mit einer friedenspolitischen Widerstandsbewegung neuer Größenordnung entgegenstellen wollen.

Was schlagen wir konkret vor?

Wir schlagen deshalb vor, dass der SDS im kommenden Wintersemester eine bundesweite Anti-Wehrpflicht Kampagne initiiert und die Linksjugend ['solid] dazu einlädt. Der Bundesvorstand wird damit betraut, bundesweite Arbeitsstrukturen dafür zu schaffen. Auf der Sommerakademie soll es dafür eine Kampagnenwerkstatt geben. Zentrale Bestandteile der Kampagne könnten sein:

1. Eine umfassende Bildungsinitiative zum Thema Wehrpflicht und Militarisierung zum Semesterstart, für welche ein gemeinsames Materialpaket und entsprechende Vortragskonzepte erarbeitet werden.
2. Eine bundesweit organisierte Veranstaltungsreihe: Es gibt einen bundesweiten Zoom-Input, der lokal von den jeweiligen Ortsgruppen gestreamt werden kann, die Diskussion kann dann jeweils vor Ort stattfinden (nach dem Vorbild von Marx bis Morgen). Hierfür könnten z. B. Ole Nymoen, Ingar Solty, Özlem Demirel... angefragt werden.
3. Ein bundesweiter „Aktionstag: Wehrpflicht nicht mit uns!“
4. Organisierende Ansprachen mit der Petition des „Nein zur Wehrpflicht“-Bündnisses: „Gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und anderer Zwangsdienste“
5. Studentische Vollversammlungen bspw. im Dezember
6. Wir streben dabei an, uns abhängig von den jeweiligen Gegebenheiten in lokalen Bündnissen zu vernetzen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Zusammenarbeit mit Schüler:innen.

A12 Aufbruch! - International Wissen schaffen für Frieden und Emanzipation

Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Imperialismuskrise und aufkommenden Multipolarität rückt die Frage, wie wir in der Friedensfrage als sozialistischer Studierendenverband noch mehr in die Offensive kommen, immer mehr ins Zentrum.
Die Herrschenden im US-geführten Imperialismus haben sich seit dem 2. Weltkrieg zum Ziel gemacht, die errungenen Fortschritte der Befreiung zu revidieren und weitere humanistische Entwicklung im Keim zu ersticken, um die Dominanz des westlichen Kapitalismus und der damit einhergehenden Vermögensverteilung mit allen ihnen zur Verfügung stehenden unmenschlichen Mitteln gegen wachsende soziale Ansprüche aufrechtzuerhalten. Dazu wurde die NATO gegründet, die BRD wiederbewaffnet – inklusive Wiederaufbau der Rüstungsindustrie – und mit '89 die Erzählung verbreitet, dass die Geschichte beendet und der Kapitalismus unendlich sei. Seit jeher von der engagierten Friedensbewegung infrage gestellt, beginnt diese Hegemonie an immer mehr Stellen zu bröckeln (technologisch, finanziell, legitimatorisch, etc.). Deshalb stützt sich der Imperialismus vermehrt auf das Militärische. Doch dabei hat der westliche Hegemon die Rechnung ohne den Globalen Süden und uns gemacht.

Die Welt wird vom Kopf auf die Füße gestellt!

> *„Der Imperialismus hat die Welt gespalten in Reiche und Arme. Aber die Armen der Welt sind nicht länger bereit, in dieser Ungerechtigkeit zu verharren."* - Fidel Castro Ruz, 1997 bei der UN als Vorsitzender der Bewegung der Blockfreien Staaten

Weltweit formiert sich Widerstand gegen die alte Ordnung. Dies führt dazu, dass sich die Staaten des globalen Südens beginnen, aus der Umklammerung des westlichen Imperialismus zu befreien und die Umordnung der Welt mitzugestalten. Länder wie China und Indien haben – anders als der globale Norden – strategisch in eine langfristige Entwicklung investiert und konkurrieren selbst im imperialistischen Machtkampf. Mit seinem wirtschaftlichen Aufstieg fordert insbesondere China die westliche Dominanz heraus.
Währenddessen entstehen unter dem Dach von BRICS neue Allianzen. Immer mehr Staaten verweigern sich den Vorgaben von IWF und Weltbank und setzen auf eigenständige Süd-Süd-Kooperationen. Diese globale Verschiebung von Kräfteverhältnissen und die damit einhergehende Schwächung des Nato-Imperialismus eröffnet neue Spielräume für emanzipatorische Kämpfe im Globalen Süden. Gleichwohl darf uns die lange Historie von konterrevolutionären Interventionen durch Nato-Staaten – insbesondere seitens USA – nicht dazu verleiten, unkritisch auf die politischen Entwicklungen in Ländern des Globalen Südens zu blicken. So lassen sich auch hier autoritäre Entwicklungen, massive Militarisierung und eine brutale Unterdrückung von Minderheiten beobachten - wie z. B. die massenhafte Inhaftierung von Uiguren in China zeigt oder der sich zuspitzende antimuslimische Rassismus in Indien, der sich in den letzten Jahren immer wieder in

Pogromen und Lynchmorden entlud, an denen paramilitärische Gruppen beteiligt waren, die der hindunationalistischen BJP nahestehen. Gleichzeitig befreien sich etwa Staaten des Sahel vom französischen Neo-Kolonialismus durch wachsende antikoloniale Bewegungen, und Südafrika sowie Nicaragua gehen, aufbauend auf die in den Kämpfen gegen die Apartheid in Südafrika entwickelten Maßstäbe, juristisch vor dem Internationalen Strafgerichtshof gegen die westliche Doppelmoral vor.

Trotz aller zwischenstaatlicher Widersprüche eint die BRICS-Staaten und ihre Partner ein gemeinsames Ziel: Souveränität und die Überwindung des US-geführten Unilateralismus. Die Multipolarität wird natürlich nicht den Sozialismus mit sich bringen, jedoch öffnen sich in der Zuspitzung der Krise riesige Chancen für den Kampf um eine bessere Welt. Weite Teile der Weltbevölkerung erkennen die herrschende Ungerechtigkeit und noch viel wichtiger, dass sie etwas dagegen tun können.

Wir sind die Zukunft und wir sind die Tat!

Als Teil der globalen Arbeiterklasse tragen wir in der kernimperialistischen BRD eine besondere, auch historisch begründete Verantwortung, Menschenrechte gegen die Profitinteressen der Konzerne durchzusetzen. Schrumpfende Absatzmärkte und die Bedrohung der wirtschaftlichen Hegemonie des westlichen Blocks, werden mit einer aggressiven Außenpolitik und dem Streben der BRD zur größten imperialistischen Macht nach den USA beantwortet. Um die sog. „Zeitenwende“ durchzusetzen, stützt sich das System zunehmend auf reaktionäre Kräfte und nationalistischen Chauvinismus im Versuch, den fortschrittlichen Teil kleinzuhalten. Diese Vorhaben sind weit davon entfernt, einfach zu gelingen. Die mit 1945 hervorgebrachte Friedensbefürwortung bewirkt immer noch eine breite Ablehnung der Kriegstüchtigkeit (dem Dienst an der Waffe, dem Veteranentag) und eine breite Befürwortung von zum Beispiel einer Friedens- und Fortschrittsorientierten Wissenschaft. Der Gegensatz zwischen einer imperialismuskonformen und einer emanzipierten Arbeiter*innenklasse spitzt sich also zu.

Damit gewinnt unser linkes und gesamtgesellschaftlich weitreichend gedachtes Wirken an enormer Bedeutung. Der Kampf um eine gerechte und friedliche Welt heißt für uns in der BRD: **den Imperialismus an seinem Ursprung herausfordern**. Daraus folgt, dass die Initiativen für einen Stopp aller Waffenlieferungen, für Abrüstung und Abrüstungsverträge sowie die Herausbildung eines friedensbefürwortenden Bewusstseins intensiviert werden müssen.

Wissen schaffen, um zu verändern!

Schon immer ist die Wissenschaft ein zentraler Ort des Klassenkampfes. Genauso wie es Imperialismus und Eigentumsverhältnisse stützende Wissenschaft gibt, gibt es auch fortschrittliche, internationalistische Wissenschaft. Während das Kapital auf die Ergebnisse der Wissenschaft angewiesen ist (technologische Innovation, Arbeitskräfte und wissenschaftliche Legitimation), wirkt sie gleichzeitig zur Ermächtigung der breiten Bevölkerung, ihre Lage zu begreifen und ihre Gestaltungsmöglichkeiten auszuweiten.

Die versuchte Einbindung internationaler Wissenschaftskooperationen in die Aufrechterhaltung der westlichen Vormachtstellung und Kriegspolitik [vgl. A8 34. BuKo und A 14 des 35.] richtet sich gegen das weitreichende emanzipatorische Potenzial, das sie haben. Durch fortschrittlich, zivil orientierte Wissenschaftskooperationen wird nicht nur die Möglichkeit geschaffen, das Wissenschafts- und Technologiemonopol, mit dem aus den erarbeiteten Kenntnissen Profite für (westliche) Konzerne gesichert werden, zu überwinden, sie ermöglichen uns als Klasse, das gemeinsame Interesse der arbeitenden Bevölkerung der Welt zu erkennen. Wir bekommen die Möglichkeit, uns in unseren Kämpfen mit der globalen Klasse zu verbünden und beraten, und gemeinsam die wirklichen Menschheitsherausforderungen anzugehen (formuliert in den Sustainable Development Goals der UN), von denen der Kriegskurs uns abhalten soll.
Außerdem wirken Kooperationen weitreichend in die Bevölkerungen aller Beteiligten: Sie können dazu beitragen Feindbilder abzubauen und die gegenseitigen bzw. gemeinsamen Kenntnisse über technologische Entwicklungen können den Raum für Mythen der Unterlegenheit und Systemkonkurrenz verringern. Sie können auch einen Beitrag dazu leisten pseudo-wissenschaftliche Legitimierung von antimuslimischem Rassismus und Islamophobie zu entlarven.

Was tun? - Mit dem SDS in die Offensive an unseren Hochschulen!

Krieg ist nicht alternativlos, wenn die Wissenschaften mit Diplomatie und Verständigung und einem humanistischen Menschenbild zivilisierend eingreifen und aufklären. Für eine fundamentale gesellschaftliche Umwälzung hin zum Frieden und sozial-ökologischer Transformation kommt es auf uns alle an. Als SDS kommt uns die Aufgabe zu, den Kampf um die Wissenschaften und die gesellschaftliche Hegemonie sowohl an den Hochschulen als auch darüber hinaus zu führen. Wir wollen...

- die Kontroversen in allen Wissenschaften hin zu einer Friedensentwicklung entscheiden. Daher treten wir an den Hochschulen unter anderem für Gesundheitswissenschaften ein, die ein gesundmachendes Gesundheitssystem ausbauen anstatt einer Vorbereitung der Krankenhäuser als Kriegslazarett zu fungieren. Medienwissenschaften, die zu einem empathiefähigen aufklärenden Journalismus, der Feindbilder abbaut statt schürt, beitragen. Wirtschaftswissenschaften, die in Kooperation mit den Gewerkschaften für Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung statt Kriegskeynesianismus eintreten.
- uns trauen in jedem Seminar aus einer antiimperialistischen Grundhaltung die eigenen Kommiliton*innen als Mitstreiter*innen zu überzeugen, all unsere lernend-forschende Tätigkeit als wissenschaftliches Eingreifen. Darüber hinaus laden wir unsere Kommiliton:innen ein, mit uns gemeinsam für den Aufbau einer breiten Friedensbewegung zu kämpfen. Wir sind diejenigen, die im Bündnis mit den progressiven Teilen der weiteren Hochschulangehörigen friedensstiftende Hochschulen erstreiten.
- uns dafür mit den Studierenden und Lehrenden aus allen Teilen der Welt verständigen, um die Hegemoniekontroversen in unseren jeweiligen Ländern mit ihrer globalen Wirkung zu verstehen, um uns gemeinsam ein genaueres Verständnis der Ursachen der aktuellen Kriege zu erarbeiten

und um uns über Perspektiven und Handlungsschritte diese zu beenden auseinanderzusetzen. Genau so entwickeln und erstreiten wir dann auch gemeinsam, dass Wissenschaftskooperationen für eine Lösung der globalen Menschheitsprobleme ausgerichtet und ausgeweitet werden.

Als nächste Schritte nehmen wir uns daher vor:

1. Friedenswissenschaft als Leitwissenschaft!

Wir stellen uns nicht einfach gegen politische Angriffe auf existierende Zivilklauseln, sondern machen Friedenswissenschaft zum Paradigma – und wirken für Abrüstung, Völkerverständigung und soziale Antworten auf die Krise in allen Hochschulen, Instituten, Fachbereichen und Lehrveranstaltungen. Dazu gehört, die historisch erkämpften Friedensforschungsinstitute/-projekte neu zu beleben und die Diskussion mit abseits der Hochschulöffentlichkeit wirkenden Friedenswissenschaftler*innen ins Zentrum des Forschens und Lernens zu rücken (z.B. durch Ringvorlesungen oder Projektseminare, am besten gemeinsam organisiert mit den Mitstreiter*innen unserer Basisorganisationen, der Fachschaften).

2. Wissenschaftskooperationen ausbauen und (wieder)aufnehmen!

Wir reichen insbesondere unseren chinesischen und russischen Kommiliton*innen, Kolleg*innen, Mitstreiter*innen die Hand, indem wir institutionelle wissenschaftlich-kulturelle allen voran studentische Austauschprogramme und Forschungskooperationen ernsthaft (wieder) erstreiten, und für multipolare Perspektiven in allen (auch: den eigenen) Forschungsarbeiten und Seminaren streiten. Wir wirken darauf hin, dass grundsätzlich Kooperation, unter friedensorientierten Gesichtspunkten mit allen humanistischen Kräften, als Entwicklungsperspektive unserer gesamten Hochschule verstanden und verwirklicht wird. Dabei sind wir uns bewusst, dass auch eine Beendigung von militärischer Forschung und Kooperation mit einem Ausbau der friedenswissenschaftlichen Forschung und Kooperation gelingt.

3. „From Gaza to Cuba“ - gemeinsam lernen und kämpfen!

Wir organisieren als Bundesverband eine Filmtour des Kurzfilms „From Gaza to Cuba“ mit Murid Abukhater (ehem. Student an der ELAM aus Gaza) für das kommende Wintersemester (Januar/Februar 2026). Alle Ortsgruppen werden dazu eingeladen, eine Filmvorführung bei sich in der Stadt zu organisieren. Der Bundesarbeitskreis Frieden und Antimilitarismus wird mit der Erarbeitung eines Konzepts und der Koordinierung der Filmtour betraut. Der Bundesverband stellt unter finanziellem Vorbehalt ein Budget von 500 € zur Verfügung, um einen Teil der Flug- und Reisekosten zu decken.

4. Aufklärung und Kultur als unsere Waffe - Red Books Day ins Leben rufen!

Wir wollen uns dem Feiern von linker Literatur und Kultur anschließen und selbst an unseren Hochschulen Lesungen anlässlich des Red Books Day veranstalten. Jedes Jahr zur Feier der Erscheinung des Manifests der Kommunistischen Partei, am 21.02., findet der, von der international

union of left publishers initiierte Red Books Day statt. Es werden weltweit auf Straßen, in Parks, in Unis und anderen Orten, rote Bücher (vor allem das Manifest) gemeinsam gelesen und diskutiert.

5. Für ein kämpferisches Krisenverständnis in der Linken

Aus diesem Verständnis greifen wir initiativ in die angestrebte Programmdiskussion der Partei ein, um ein kämpferisches Krisenverständnis zu prägen und mit unseren Mitstreiter*innen aus dem globalen Süden das Menschenrecht zu verwirklichen. Dafür wollen wir insbesondere die Völkerrechtspositionen der Partei weiter stärken und einen Blick auf die Widersprüche der herrschenden Verhältnisse und unsere eigene Bedeutung darin ausbauen und dazu beitragen, dass entgegen den Versuchen Russland als (einzigen) Imperialisten darzustellen, der Imperialismus als Weltsystem mit entscheidender Rolle der USA und BRD darin erfasst wird.

A18 Rheinmetall entwaffnen Camp supporten

Vom 26. bis zum 31. August findet in Köln das „Mach was wirklich zählt: Kriegstüchtigkeit stoppen“ Camp von Rheinmetall Entwaffnen statt. Im Rahmen des Camps wird es Bildungsveranstaltungen geben und Raum für strategische Diskussionen. Außerdem sind gemeinsame Aktionen geplant.

- Die Linke.SDS ruft ihre Mitglieder dazu auf, zum Rheinmetall Entwaffnen Camp „Mach was wirklich zählt: Kriegstüchtigkeit stoppen“ zu fahren und Mobi für das Camp zu machen.
- der Bundesvorstand wird damit beauftragt auf bundesweiten Kanälen für das Camp zu mobilisieren
- Damit möglichst viele Genoss*innen zu dem Camp fahren können wird unter finanziellen Vorbehalt ein Budget für Fahrtkosten von bis zu 500 Euro beantragt

Palästina

A11 Palästina-Antrag

Auch nach über anderthalb Jahren andauernder israelischer Angriffe auf den Gazastreifen eskaliert der Völkermord an den Palästinenser*innen weiterhin: Die offiziell bestätigte Zahl der Todesopfer in Gaza liegt mittlerweile bei über 55.000, mehr als 129.000 Menschen wurden verletzt.[21] 90 Prozent der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen wurden seit dem 7. Oktober vertrieben.[22] Gleichzeitig stehen inzwischen rund 82 Prozent des Gazastreifens entweder unter direkter Kontrolle des israelischen Militärs oder wurden per Evakuierungsbefehl geräumt.[23]

Die zunehmende Perfidität der israelischen Offensive zeigt sich zum einen in der systematischen Ausweitung menschenverachtender Maßnahmen: Seit dem 2. März 2025 werden humanitäre Hilfsgüter gezielt an den Grenzübergängen blockiert– während gleichzeitig die Nahrungsinfrastruktur innerhalb Gazas bombardiert wird. Diese Strategie zielt auf die Aushungerung der palästinensischen Bevölkerung ab. Laut einem Bericht der Integrated Food Security Phase Classification gelten inzwischen zwei Drittel der Bevölkerung als mindestens „katastrophal unterernährt". Die extreme Mangelernährung fördert auch das rasante Ausbreiten von Krankheiten, dessen Opfer insbesondere Kinder sind.[24]

Auch die am 19. Mai 2025 begonnene Bodenoffensive „Gideons Streitwagen" stellt eine weitere Intensivierung des israelischen Angriffs dar. Ziel ist die vollständige Zerstörung Rafahs, begleitet von massiven Bombardierungen, die erneut auch Krankenhäuser trafen. Israels Premierminister Netanyahu verdeutlichte in einer internen Knesset-Anhörung das Vorhaben, Palästinenser*innen zwangsumzusiedeln:

> *„We are destroying more and more homes. They have nowhere to return to. [...] The only inevitable outcome will be the desire of Gazans to emigrate outside of the Gaza Strip"*.[25]

Die aktuellen Entwicklungen zeigen erneut das eigentliche Ziel der israelischen Regierung: nicht die Anerkennung einer Zweistaatenlösung, sondern im Gegenteil– die vollständige Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung. Die menschenverachtenden Mittel, mit denen Israel dieses Ziel verfolgt, dürfen nicht nur benannt werden, sondern müssen aktiv bekämpft werden.

Neben dem Rückgriff auf immer menschenverachtendere Kriegsmittel zeigt sich die zunehmende Härte der israelischen Offensive auch in der geografischen Ausweitung des Konflikts. In den Monaten zuvor waren bereits das Westjordanland, der Libanon, Syrien und der Jemen Ziel von

21 https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-update-297-gaza-strip
22 https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-171-situation-gaza-strip-and-west-bank-including-east-jerusalem
23 https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-update-297-gaza-strip
24 https://www.who.int/news/item/12-05-2025-people-in-gaza-starving--sick-and-dying-as-aid-blockade
25 https://www.aljazeera.com/features/2025/5/19/what-is-israels-new-major-ground-offensive-operation-gideons-chariots

Bomben- und Drohnenangriffen.[26] Seit dem 13. Juni 2025 wird nun auch der Iran bombardiert– unter dem Vorwand, ihn als Atommacht zu stoppen. Dabei wurden bereits mindestens 224 Menschen getötet.[27]

Beim Angriff auf den Iran geht es darum, die Region im Nahen Osten umzustrukturieren. Der Iran ist ein wichtiger Standort, wenn es um Ölimporte geht (Straße von Hormus). Die Situation in Gaza ist in der medialen Berichterstattung in den letzten Tagen in den Hintergrund gerückt, viele schauen aktuell vor allem auf den Iran. Hierzulande verteidigt Merz Israels Angriff auf den Iran damit, dass Israel „die Drecksarbeit" für den ganzen Westen machen würde, weil sie gegen das Regime kämpfen würden. Am 22 Juni bombadierte die USA drei Atomanlagen im Iran. Damit bleibt es nicht nur bei der US-amerikanischen Unterstützung der israelischen Regierung, sondern die USA werden aktiver Teil der Kriegshandlungen. So wird der Konflikt weiter eskaliert.

Die USA und die EU, vor allem Deutschland, haben Israel seit dem 07. Oktober 2023 unterstützt und dadurch den Genozid in Gaza erst möglich gemacht. In den letzten Wochen und Monaten gab es ein Hauch von Hoffnung, dass die Unterstützung zu bröckeln scheint. Einzelne Länder wie die Niederlande und Belgien setzen die EU unter Druck, auch der französische Präsident Macron sprach von Sanktionen gegen Israel[28], außerdem wird das Assoziationsabkommen zwischen der EU und Israel geprüft[29]. Auch unter der Regierung Merz hält Deutschland an seiner Staatsräson fest– und damit an der bedingungslosen Unterstützung Israels. Zwar äußerte Merz kürzlich erstmals verhaltene Worte zum Leid der Menschen in Gaza, doch an der realen Politik ändert das nichts: Deutschland liefert weiterhin Waffen und stärkt die israelische Regierung öffentlich. Diese rechtfertigt sich währenddessen weiterhin damit, dass sie mit voller Stärke gegen die Hamas vorgehen müsse, entlarvt sich aber gleichzeitig selbst und spricht offen darüber, dass die ethnische Säuberung der Palästinser*innen im Gazastreifen ein Kriegsziel ist.

Viele sprachen die letzten Wochen davon, dass sich der Wind in der Debatte drehe, es lässt sich leider feststellen: die Politiker*innen sprechen nichts als leere Worte. Denn wenn sie wirklich den Genozid stoppen wollen würden, würden sie die Waffenlieferungen augenblicklich einstellen und alles in ihrer Macht stehende tun, um den Genozid zu stoppen. Deuschland schaut weiterhin nicht nur mit offenen Augen zu, sondern ist Komplize Israels beim Genozid an den Palästinenser*innen. Angesichts der dramatischen Lage ist ein grundlegender Richtungswechsel der deutschen Politik umso dringender: Deutschland muss das Urteil des Internationalen Gerichtshofs zur völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungspolitik anerkennen– und daraus die Konsequenz ziehen, die bedingungslose Unterstützung für Israel zu beenden.

Auch andere politische Akteure wie beispielsweise Fridays for Future äußern sich nun deutlich kritischer gegenüber der israelischen Regierung. In der Gesellschaft gibt es ebenfalls immer mehr

26 https://www.aljazeera.com/news/2024/10/7/one-year-of-israels-war-on-gaza-a-simple-guide
27 https://www.bbc.com/news/articles/cdj9vj8glg2o
28 https://www.deutschlandfunk.de/macron-ohne-besserung-der-lage-im-gazastreifen-sanktionen-gegen-israel-noetig-106.html
29 https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/gaza-krieg-eu-ueberprueft-kooperationsabkommen-mit-israel,UlptFkK

Menschen, die sich offen kritisch gegenüber der israelischen Regierung äußern: in Deutschland sprechen sich 30 Prozent gegen Waffenlieferungen nach Israel aus und 43 Prozent sind dafür, sie zu begrenzen[30]. In Den Haag gingen im vergangenen Monat Zehntausende auf die Straße, in London sogar eine halbe Millionen Menschen. Und auch in Berlin konnte mit der United4Gaza Demo am 21. Juni ein wichtiges Zeichen gesetzt werden, bei dem ca. 50.000 Menschen auf die Straße gingen.

Der Parteitag der Linken im Mai 2025 hat gezeigt: Der Widerstand gegen die israelische Besatzung und deutschen Staatsrassismus gewinnt an Kraft. Das ist nur dank jahrelanger Arbeit palästina-solidarischer Gruppen in und außerhalb der Partei möglich. Dass der Antrag zur Jerusalemer Erklärung gegen den Widerstand des Parteivorstands durchgesetzt wurde, ist ein Erfolg dieser Bewegung. Doch die Solidarität mit Palästina bleibt umstritten. Während 55 Wissenschaftler*innen das Annehmen der JDA begrüßten, verteidigt die Parteispitze weiterhin das ‚Existenzrecht' eines Staates, der seit 76 Jahren Kolonialherrschaft, Vertreibung und Apartheid praktiziert.

Die Initiierung der Linken einer Großdemonstration gegen den Genozid im Juli zeigt, dass Druck von unten wirkt. Doch solange die Partei israelische Propaganda-Begriffe wie ‚Existenzrecht', welches in Wahrheit ein Besatzungsrecht meint, unhinterfragt übernimmt, bleibt sie Teil des Problems. Die Aufgabe bleibt: radikale Solidarität mit Palästina ohne falsche ‚Ausgewogenheit'. Die Basis muss weiterhin gegen die deutsche Mittäterschaft, gegen die Appeasement-Politik des Vorstands und für eine LINKE, die antikolonialen Widerstand nicht nur toleriert, sondern aktiv unterstützt, kämpfen.

Was tun:

In den verschiedenen Ortsgruppen haben wir unterschiedlich viele Kapazitäten um das Thema Palästina zu bearbeiten. Als SDS sind wir eine der wenigen offenen palästinasolidarischen Studiverbände Deutschlands. Als Sozialist*innen stehen wir an der Seite der Unterdrückten. Deshalb schlagen wir Folgendes für unsere Praxis vor:

1. Bildung/Veranstaltungsformate

Der Bundesvorstand wird damit beauftragt, Bildungsmaterialien (Inputs, Texte etc.) auf Bundesebene zu sammeln und den Ortsgruppen zur Verfügung zu stellen. Nach wie vor gibt es Ortsgruppen, die zu dem Thema kaum arbeiten, weil sie Unsicherheiten in der Thematik haben. Den Ortsgruppen wird empfohlen, nicht nur auf Bildung nach innen zu setzen, sondern auch öffentliche Veranstaltungen zu machen. Viele junge Menschen haben eine diffuse Position zu Palästina, sind in der Regel solidarisch, aber unsicher durch Unwissen oder fühlen sich nicht ausreichend sprechfähig. Um möglichst viele Studis zu erreichen, bieten sich niedrigschwellig Zugänge an also beispielsweise Vorträge/Workshops zu Antisemitismusdefinitionen, dem Unterschied zwischen Antisemitismus und Antizionismus oder der Geschichte der Nakba. An vielen Orten haben so-

30 https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3480.html

wohl SDS-Gruppen als auch Parteistrukturen positive Erfahrungen damit gemacht, "No other Land“ zu zeigen.

2. Partei

Als SDS sollten wir an unsere bisherige Arbeit anknüpfen und kritisch solidarisch in die Partei intervenieren. In Berlin gibt es bereits seit Monaten eine LAG Palästinasolidarität, an vielen Orten werden gerade solcheGründungen angestoßen. Als SDS sollten wir auf lokaler Ebene Palästina solidarische Genoss*innen unterstützen und ggf. darauf hinarbeiten, dass entsprechende Strukturen gegründet werden. Wenn es genug LAGen gibt, ist es möglich auch eine BAG zu gründen. Das bedeutet mehr Ressourcen und auch eine deutlichere Präsenz ist möglich.
In vielen Kreisverbänden gibt es nach wie vor Unsicherheiten durch Unwissen. Auch hier können wir unterstützen und gemeinsam mit Parteistrukturen interne und externe Bildungsveranstaltungen zu Palästina organisieren oder Partei-Genoss*innen zu eigenen Veranstaltungen einladen.

3. Komplizenschaft unserer Universität bekämpfen

Israel hat durch den seit 20 Monaten andauernden Genozid an den Palästinenser*innen im Gazastreifen und die Ausweitung des Konflikts durch Angriffe auf den Libanon, Jemen, Syrien und zuletzt den Iran bewiesen, dass sie ihre militärische Aggression weiter fortsetzen werden, wenn sie nicht gestoppt werden. Unsere Aufgabe muss es deshalb sein, die deutsche Untersützung an Unterdrückung, Genozid und Besatzung zu beenden, welche das israelische Handeln erst ermöglichen.
Neben einem Stopp von Waffenlieferungen, müssen wir uns als Studierende dabei auch mit der Komplizenschaft unserer Universitäten auseinandersetzen. Viele deutsche Universitäten haben enge Verbindungen mit israelischen Universitäten und brechen damit Völkerrecht. Diese sind nämlich durch die Entwicklung von Waffen, die Ausbildung von IDF-Funktionär*innen, sowie der ideologischen Absicherung des militärischen Vorgehens direkt an Unterdrückung und Völkermord beteiligt. Beispielsweise ist die Hebrew University auf besetzten Land in Ost-Jerusalem errichtet, an der Haifa University werden israelische Offiziere ausgebildet oder am Technion wurden D9 Bulldozer und „The Scream“ (eine Schallkanone) entwickelt, welche aktuell im Gazastreifen und der Westbank ihren Einsatz finden. Die Wissenschaftskooperationen mit israelischen Universitäten brechen nicht nur das Völkerrecht, sondern bedeuten auch eine materielle und ideologische Unterstützung des Genozids und der Unterdrückung der Palästinenser*innen, welche von unseren Universitäten ausgeht. Dadurch wird nicht zuletzt eine historische Erungenschaft, dass sich deutsche Universitäten nie wieder an Völkermord und Krieg beteiligen sollen, umgedeutet. Deshalb lässt sich der Kampf für eine Beendigung der Komplizenschaft gut mit unserem Engagement für eine Zivilklausel und gegen den militärischen Umbau unserer Hochschulen vereinbaren.
Dass es möglich ist, über studentischen Protest die Kooperationen mit israelischen Universitäten zu beenden, zeigen die erfolgreichen Kämpfe in Brüssel, Barcelona und Amsterdam. Zudem gibt

es an der Freien Universität Berlin bereits eine BDS-Kampagne[31], welche einen akademischen Boykott fordert und auch in Köln und Leipzig werden Berichte geschrieben, welche die Verbindungen mit israelischen Universitäten aufzudecken versuchen. Diese Berichte, wie er für die FU bereits vorliegt, können als Grundlage dienen um die eigene Studierendenschaft über die Verstrickungen der eigenen Universität aufzuklären und innerhalb der studentischen Gremien für eine Beendigung von Wissenschaftskooperationen, welche das Völkerrecht brechen, kämpfen. Auch als SDS sollten wir uns stärker in diese Kampagnen einbringen oder in unseren Ortsgruppen solche Prozesse anstoßen, da es sich hierbei um einen konkreten Kampf handelt, welchen wir an unseren Universitäten führen können und wir an dieser Stelle einen- wenn auch begrenzten – materiellen Unterschied machen können.

31 https://bds-fu.de/de/

A15 Friedenswissenschaft dient uns allen! Gemeinsam befreien von den Fesseln von Krieg und Kapital - in der BRD, Palästina und weltweit!

Ein sofortiger und langanhaltender Waffenstillstand in Palästina und der gesamten Region wird mehr gebraucht denn je. Angesichts des vertieften Völkermords in Gaza, dem Krieg Israels gegen Palästina und gegen den Iran, sowie der andauernden Kriegshandlungen in der Ukraine und der damit einhergehenden „Zeitenwende" in Europa, setzt sich Die LINKE.SDS für eine **sofortige friedenspolitische Wende** in der BRD ein. Dafür muss uns bewusst sein, dass die imperialistische Bestrebung, die in Deutschland die Menschen in ihrer Emanzipation aufhalten will, auf grundlegenden Menschen- und Völkerrechtsverletzungen beruht. Die aktuelle Eskalation durch Israels Bombardierung von militärischen und zivilen Zielen im Iran am 13.06. sowie das US-Bombardement gegen Ziele im Iran am 22.06. verschärfen die geopolitische Lage weiter und sind zu verurteilen.

Für ein neues Geschichtsbewusstsein und ein materialistisches Menschenbild

> *„Paradoxically hope also comes that change towards recognizing the need for justice for Palestine will ultimately emerge in Israel despite its extreme post-war attitudes to Palestinians, and that a peaceful political outcome could yet emerge from this inferno. This time, however, change must set the Palestinians on an assured path to statehood, as the last holdout in achieving the goal of an otherwise obsolete 19th century ideology of national self-determination. The cost has been steep, to Israel as well, so we cannot allow this moment to be just another battle in an unending war over generations."* - Palestine's Economy: No Calm After the Storm, Raja Khalidi and Anmar Rafeedie, 2025.

Nicht wegen, sondern trotz der bestehenden Verhältnisse fordern palästinensische Wissenschaftler*innen, nicht beim Ende der genozidalen Gewalt stehen zu bleiben, sondern diesen Ausgangspunkt für den Aufbau eines selbstbestimmten Staates und einer gerechten Entwicklung zu begreifen. Diese Forderung entspringt einem antikolonialen Bewusstsein, das es zu verallgemeinern gilt. Warum sollten wir also über die Geschichte Palästinas sprechen und forschen? Wenn Geschichte als zufällig oder rein individuell motiviert erscheint, wirken gesellschaftliche Zustände als naturgegeben. Der Kolonialcharakter des zionistischen Projekts in Palästina wird durch diese Entgeschichtlichung verschleiert – ebenso wie die aktive Rolle des Westens bei seiner Durchsetzung und Aufrechterhaltung.

> *„Verschließen wir nicht die Augen vor der Wahrheit: Politisch gesehen sind wir die Aggressoren und sie verteidigen sich. Dieses Land ist ihres, weil sie darin wohnen, während wir herkommen, um uns darin niederzulassen. Und von ihrem Gesichtspunkt aus haben wir vor, sie aus ihrem eigenen Land zu vertreiben."* - David Ben-Gurion, erster Ministerpräsi

dent des Staates Israel, Auszug aus einer Rede von 1938, zitiert aus dem Französischen übersetzt nach dem Buch von Simha Flapan, Le Sionisme et les Palestiniens, S. 141-142

Die kolonialen Ursprünge Israels werden häufig institutionell ignoriert oder verharmlost, obwohl sie grundlegend für das Verständnis des israelischen Apartheidregimes ist. Israel muss als eine Kolonie des globalen Nordens im Nahen Osten verstanden werden: Die Rolle der USA, Großbritanniens und der BRD in der Gründung und Aufrechterhaltung des israelischen Kolonialstaats begann bereits vor der Staatsgründung Israels im Jahr 1948. Der sich bis heute immer weiter verschärfende Siedlungskolonialismus Israels geht auf die koloniale Aufteilung des Nahen Ostens nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches zurück. Die damalige Verteilung/Teilung/Aufteilung des Nahen Ostens zwischen Frankreich und Großbritannien erzielte die Kontrolle über die dort befindlichen Erdölreserven und den Suezkanal und ermöglichte jüdischen Siedler*innen, Land zu erwerben. Mit der späteren einseitigen israelischen Staatsgründung wurde die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung gewaltvoll aus ihrer Heimat vertrieben und im darauffolgenden Krieg noch zusätzlich 80 % des von der UN vorgesehenen palästinensischen Staates illegal besetzt.

Israel fungiert als strategischer Vorposten westlicher – insbesondere US-amerikanischer – Interessen in einer geopolitisch und ökonomisch hochrelevanten Region. Die militärische, technologische und diplomatische Stärke Israels sichert nicht nur die regionale Vormachtstellung, sondern stabilisiert auch Ordnungsansprüche der imperialistischen Zentren gegenüber einer Region, die für globale Handelswege, die Kontrolle und Ausbeutung natürlicher Ressourcen – insbesondere von Erdöl – sowie für die Erschließung und Sicherung von Absatzmärkten zentral ist. In diesem Zusammenhang ist die Unterstützung Israels nicht Ursache, sondern Instrument einer imperialistischen Weltordnung, die sich auf koloniale Logiken von Expansion, Ausbeutung und Kontrolle stützt.

Die kolonialen Denk- und Handlungsweisen haben sich in den Jahrzehnten nach der Staatsgründung Israels auf verschiedenen Ebenen verfestigt. Ideologische und materielle Unterstützung kam auch aus der Bundesrepublik, die in Israel ihre Möglichkeit sah, sich wieder als ernstzunehmende Macht zu etablieren und sich von den Sünden des Holocausts reinzuwaschen. Diese Art von Legitimierung ermöglichte erst die expansive Kriegs- und Besatzungspolitik Israels. – War starts here, let's stop it here! Oder anders gesagt: Frieden beginnt hier, lass ihn uns von hier aus verwirklichen!

Antikoloniale Wissenschaft als Analyseinstrument kolonialer Strukturen und essentieller Teil der Friedenswissenschaft

Wir bekräftigen insbesondere die im 34. Bundeskongress beschlossene strategische Orientierung uns bei allen friedenspolitischen Aktionen an den Hochschulen „maßgeblich an unserer spezifischen Rolle als wissenschaftlich Arbeitende" zu orientieren. Dafür entwickeln wir ein Verständnis antikolonialer Wissenschaft als essentiellen Bestandteil der Friedenswissenschaft.

Kolonialismus begreifen wir als einen andauernden Kriegszustand gegen die Emanzipation der Menschen in den kolonisierten Gebieten, die in der Konkretion eine Überausbeutung von Natur

und Mensch beinhaltet. Friedenswissenschaft verfolgt das Ziel, zur Weiterentwicklung der Menschheit beizutragen. Dabei darf sich die Rolle von Wissenschaft und Hochschulen nicht nur auf die Aufarbeitung kolonialer Verstrickungen beschränken. Es ist ebenso ihre Aufgabe, koloniale Gewalt- und Ausbeutungsstrukturen sichtbar zu machen und kritisch zu analysieren. Als Methode der systematischen Auseinandersetzung mit imperialistischen, neo-kolonialen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnissen kann antikoloniale Wissenschaft dazu beitragen, institutionelle Verwicklungen in Völkerrechtsbrüche aufzudecken und einzuordnen. Als wissenschaftlicher Arm der Arbeiterklasse im Zentrum ist dies auch im Interesse der Arbeiterklasse im Zentrum, denn koloniale Herrschaftstechniken werden in Zeiten der Krise und gesellschaftlicher Umbrüche zunehmend ins imperialistische Zentrum importiert. Die Eskalation des Krieges seit dem 7. Oktober 2023 hat die Bedeutung friedensorientierter Perspektiven erneut ins Zentrum gerückt. Wenn es keinen Frieden für alle gibt, gibt es keinen Frieden für Niemand: Ohne ein Ende der materiellen und rechtlichen Benachteiligung der Palästinenser*innen kann es keinen Frieden geben. Wie die UN-Erklärung über die Gewährung der Rechte der Völker festhält: Es besteht die Notwendigkeit, dem Kolonialismus in allen seinen Ursprüngen rasch und bedingungslos ein Ende zu setzen. Das Recht der kolonialisierten Völker auf Selbstbestimmung ist in allen politischen Fragen als Leitprinzip zu achten.

Ende des Scholastizid und einen zivilen Wiederaufbau – Jetzt

Wissenschaftskooperationen mit Forscher*innen der anderen Blöcke widersprechen der imperialistischen Logik. Wenn man dieser folgt, soll Forschung eine imperialismusstützende Funktion einnehmen. Als Studierende müssen wir dem widersprechen und an unseren Hochschulen für eine blockübergreifende, internationale Zusammenarbeit kämpfen. Das lässt sich jedoch nicht allein an den Hochschulen bewerkstelligen; nur eine emanzipatorische, internationalistische und klassenbewusste Bewegung kann der Spaltung der internationalen Arbeiter*innenklasse ein andauerndes Ende setzen und eine Entwicklung zur Rüstungskonversion vollziehen.

Bildung ist elementar für jede Form emanzipierender Praxis und damit zentral für die Befreiung Palästinas. Trotz jahrzehntelanger Besatzung wurden allein in Gaza 17 Hochschulen gegründet, an denen über 85.000 Menschen studieren – ein Ausdruck des gesellschaftlichen Emanzipationswillens. Palästina weist mit 2,6 % eine der niedrigsten Analphabetenraten weltweit auf, und der Anteil Hochschulabsolvent*:innen liegt auf dem Niveau der Bundesrepublik. Doch diese Bildungsinfrastruktur ist systematisches Ziel im angehenden Genozid geworden: Bibliotheken, Kunst- und Kultureinrichtungen, ganze Universitäten wurden zerstört, Akademiker:innen gezielt ermordet.

Der Wiederaufbau palästinensischer Bildungseinrichtungen ist daher nicht nur eine humanitäre, sondern eine zutiefst politische Aufgabe. Er verweist auf die grundlegende Frage, wofür Wissenschaft steht und wem sie dient, genau hier setzt unser Verständnis sozialistischer Wissenschaft an: In unserem Verständnis, die Universität als Ort internationalistischer Solidarität zu begreifen, sehen wir uns als SDS in der Verantwortung, diesen Kampf auch an unseren Hochschulen aufzu-

nehmen – durch kritische Aufklärung, praktische Solidarität und die Initiierung konkreter Hochschulkooperationen für den Wiederaufbau.

Die besondere Rolle der Hochschulen im Kampf für Frieden und Sozialismus

Wir stellen fest, dass eine höhere Involvierung von Kommiliton*innen für Friedenskämpfe, insbesondere ein Ende des Genozids in Gaza, besteht. Es ist entscheidend, dass wir diese moralistische Empörung in eine verallgemeinerte Befreiungs- und Kampfperspektive überführen.

Was wir wo, wie, mit wem und zu welchem Zweck lernen und erforschen, hat einen bedeutenden Einfluss auf unsere Gesellschaft. So machen sich unsere Universitäten mitschuldig am angehenden Genozid in Gaza, wenn sie weiterhin mit Institutionen kooperieren, die in den israelischen Unterdrückungsapparat eingebettet sind oder mit Rüstungsunternehmen gemeinsame Forschungsprojekte verfolgen. Der Kampf um die Zivilklausel ist daher von zentraler Bedeutung. Jeder Euro, jede Hausarbeit und jede unbezahlte Laborstunde, die in die materielle oder ideologische Erforschung, Unterstützung und Weiterentwicklung des Imperialismus fließen, fehlen in der Entwicklung dringend benötigter Perspektiven in Friedens-, Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung. Die Zivilklausel ist nicht nur ein Kampf gegen die Instrumentalisierung von Wissenschaft für Kriegszwecke, sondern beinhaltet auch eine Offensive für Wissenschaftsinhalte, die sich an den Leitprinzipien der positiven Friedenswissenschaften und des Sozialismus orientieren.

Wir müssen die gedankliche Trennung zwischen den Interessen der in Deutschland und der außerhalb Deutschlands von Kapital und Imperialismus unterdrückten Arbeiterklasse aufheben. Denn auch eine in der BRD lebende Arbeiterin ist Lohnsklavin. Ein Bewusstsein für die eigenen Interessen ist dabei nicht nur Voraussetzung für die Formierung der Klasse für sich, sondern verbessert zugleich unsere Kampfposition gegenüber den herrschenden Verhältnissen – und damit auch die Position der Unterdrückten in den Neokolonien. Der Imperialismus muss an vielen Punkten gleichzeitig geschwächt werden, um als Gesamtsystem gestürzt werden zu können. Es reicht daher nicht aus, sich der Militarisierung entgegenzustellen. Wir wollen nicht bloß eine Universität frei von Rüstungsforschung, die trotzdem noch kapitalistischen Zwängen unterliegt. Vielmehr gilt es, offensiv für eine Friedensorientierung der Hochschulen zu kämpfen. Dies beinhaltet das aktive Entwerfen von Gegenkonzepten der internationalen Verständigung, die der Kapitallogik entgegenlaufen, welche immer wieder den Krieg hervorbringt.

Als SDS fordern und wirken wir für

- Einen sofortigen und anhaltenden Waffenstillstand in Palästina, das Ende der Blockade, die ungehinderte Durchlassung humanitärer Hilfskonvois, sowie die umfassende und sichere Bereitstellung von Lebensmitteln und medizinischer Versorgung.
- Aktive Beteiligung Deutschlands am zivilen Wiederaufbau Gazas, ausgehend von den deutschen Hochschulen, die wissenschaftliche Kooperationen mit palästinensischen Hochschulen und deren Angehörigen aufbauen und fördern sollen. Konsequente Beendigung von kriegsfördernden Kooperationen mit israelischen Institutionen

- Konsequente Beendigung aller Kooperationen mit dem militärisch-industriellen Komplex, also unter anderem der Bundeswehr, dem Verteidigungsministerium, Rüstungskonzernen und etwaigen Think Tanks
- Etablierung der Universitäten als zivile Institutionen, in denen keine Präsenz des Militärischen zu dulden ist, das bedeutet unter anderem:
  - Keine Bundeswehrwerbung auf dem Campus
  - Keine positive Bezugnahme z.B. durch Ehrenmäler

Darüber hinaus

- Friedenswissenschaft als Leitwissenschaft für jede wissenschaftliche Disziplin: Wissenschaft muss sich an den Lösungen der Menschheitsprobleme, der Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse und der Beseitigung jeglicher struktureller Gewaltverhältnisse orientieren!
- In diesem Sinne: Etablierung eines Eids für alle Wissenschaftler*innen als Selbstverpflichtung gegenüber der Allgemeingesellschaft ausschließlich zu friedensorientierten, nachhaltigen und emanzipierenden Zwecken zu forschen.
- Realisierung der Wissenschaftsfreiheit: Die Wissenschaft muss frei sein von der Instrumentalisierung für staatliche Globalinteressen und sich positiv der Gesellschaft widmen.
- Etablierung internationaler Wissenschaftskooperationen über Blockgrenzen hinaus: darunter mit palästinensischen, iranischen und russischen Institutionen.

A16 Gegen die akute Eskalation in Nah-Ost – Internationale Solidarität und Friedenswissenschaft!

Für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand in Gaza, ein direktes Ende des Kriegs im Iran und einen dauerhaften Rückzug der USA aus der Region setzen wir uns als dielinke.SDS für eine sofortige friedenspolitische Wende in der BRD und für eine Stärkung des Völkerrechts ein. Ohne die ökonomische, militärische und ideologische Unterstützung aus USA und BRD wäre Israel nicht in der Lage, den Völkermord in Gaza zu betreiben, die Besatzung im Westjordanland zu praktizieren und den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Iran zu eskalieren. Um eine friedliche Lösung im Nahen Osten durchzusetzen, ist es deswegen erforderlich, den Kampf für Abrüstung, Deeskalation und eine zivile Entwicklung in den imperialistischen Zentren selbst – den USA, der EU und der BRD – verstärkt aufzunehmen.
Wir initiieren und beteiligen uns an internationalistischen Friedensdemonstrationen, bestärken unsere Kampagne zum Ausbau von Zivilklauseln an allen Hochschulen für Friedenswissenschaft gegen die militärische Einbindung hierzulande und intensivieren die Aufklärungs- und Bündnisarbeit in Studierendenschaften und Gewerkschafts- wie Friedensbewegung für internationale Solidarität, um den Frieden zu gewinnen.

Seit Mitte Juni eskaliert die israelische Armee den genozidalen Krieg in Gaza weiter mit dem völkerrechtswidrigen Überfall auf den Iran. Dass dabei die imperialistische Politik der USA entgegen ihrer schwindenden Hegemonie verteidigt werden soll, wird spätestens durch den offenen Eintritt der US-Army mit den stärksten nicht-atomaren Bomben in die militärische Aggression auf den Iran deutlich. Die zunehmend absurde Rechtfertigung der Ausdehnung von „Selbstverteidigung“ ist eher eine Flucht nach vorn (defensive Aggressivität), entgegen wachsenden international solidarischen Widerstands, sogar in Israel selbst. Beweise für ein mögliches Atombombenprogramm des Irans legten USA und Israel nicht vor. Das erinnert an die Lüge über „Massenvernichtungswaffen“ im Irak zur Rechtfertigung des desaströsen Einfalls der US-Army 2003. Die zivilen Atomanlagen im Iran können israelische Bomben nicht erreichen, sie liegen tief unter der Erde. Zu erreichen sind Wohngebiete, Wissenschaftler und Journalisten, insbesondere die Zivilgesellschaft. Diese Kriegsverbrechen sind offensichtlich nicht geeignet und nicht darauf gerichtet, die Welt von Atomwaffen zu befreien. Sondern zielen darauf einen Regime Change herbeizubomben.
Diese forcierte Normalisierung der Brutalität durch Völkerrechtsbrüche und Geschichtsverdrehung bekräftigt die Aktualität sofortiger Abrüstung. Im Lichte des Vernichtungspotentials der Atomwaffen wird besonders deutlich: Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen, und darf nie geführt werden. Deswegen verpflichtet der Atomwaffensperrvertrag (1968 beschlossen) die Kernwaffenstaaten auf das Ziel vollständiger nuklearer Abrüstung. Im Gegenzug verzichten die Nichtkernwaffenstaaten auf Nuklearwaffen. Das heißt, es müssen die bestehenden Atomwaffen abgerüstet werden, um die Welt zivil zu gestalten. Die BRD muss endlich auch dem durch ICAN erwirkten

und seit 2021 ratifizierten Atomwaffenverbotsvertrag beitreten, statt irgendwelchen gefährlichen Hirngespinsten von einer EU-Atombombe nachzuhängen. Erst so werden Völkerrecht und der Weg zum Frieden gestärkt!

Die brandgefährliche Konfliktsituation im Nahen Osten ist das fortwirkende Ergebnis der skrupellosen, kolonialen Expansionspolitik europäischer Mächte im 20. Jahrhundert. Es ist die imperialistische Politik der NATO-Länder mit Regime Changes oder offenem Krieg, welche jeden eigenständigen Entwicklungsweg des iranischen Volkes verhindern will, was mit der rassistischen Kriegshetze verschleiert werden soll. Im Jahr 1953 haben die Geheimdienste von USA und GB einen Staatsstreich gegen den damaligen Präsidenten Mohammad Mossadegh organisiert, weil dieser Teil der Herausbildung eines aufgeklärten, säkularen Iranischen Staats war und auch noch die Unverschämtheit besaß, die Ölquellen zu verstaatlichen.

Der Staatsgründung Israel ging die koloniale Aufteilung des Osmanischen Reichs zwischen England und Frankreich für die Kontrolle der Erdölreserven und dem Suez-Kanal voraus. Schon ab 1917 schickte England dafür viele jüdische Siedler zur Ansiedlung nach Palästina. Diese Politik wurde 1948 mit der Vertreibung des palästinensischen Volks und der Annektion von 80 % des palästinensischen Staatsgebiets mit der Gründung des Staats Israel fortgesetzt. Seitdem wird das israelische Staatsgebiet ausgedehnt, mit der schrittweisen Enteignung weiteren palästinensischen Landes, dem Ausbau von israelischen Siedlungen und damit verbunden der brutalen Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung – der aktuelle Vernichtungskrieg ist die Zuspitzung dieser über 70 Jahre betriebenen Politik unter dem Deckmantel der „Selbstverteidigung“.

Dass es bis heute nicht gelungen ist, die ursprüngliche UN-Resolution zur Gründung zweier Staaten Israel und Palästina und einen dauerhaften Frieden durchzusetzen, liegt wesentlich an den westlichen NATO-Staaten. Israel ist ihr wichtigster Verbündeter in der geopolitischen Auseinandersetzung um strategische Ressourcen, Absatzmärkte und Handelsrouten im Nahen Osten. Die deutsche Regierung lieferte bereits 1957 200 Panzer und sechs raketengestützte Schiffe und U-Boote und ist heute nach den USA der zweitgrößte Waffenlieferant Israels.

Die militärische Unterstützung Israels wird durch die Verdrehung der Konsequenzen aus dem Faschismus zur „Staatsräson“ erklärt. Schon in den restaurativen 50er Jahren diente das als Teil der „Wiedergutmachung“, der Legitimation für die Wiederbewaffnung der BRD – im Interesse der Rüstungskonzerne, gegen das im Grundgesetz verankerte Friedensgebot. Die einzige Schlussfolgerung aus den Menschheitsverbrechen des deutschen Faschismus ist die universelle Durchsetzung der Menschenrechte für alle. Die Würde ist unteilbar!

Der Kolonialismus des imperialistischen Westens hemmt die demokratische, soziale und zivile Entwicklung, also darin die souveräne Selbstbestimmung aller Völker. Wir sind im internationalistischen Kampf zur Emanzipation der Menschheit verbunden. Deswegen ist der Kampf um ein freies Palästina hierzulande der Kampf dafür, dass von der BRD nur Frieden, Diplomatie und Völkerverständigung ausgeht. Wir kämpfen für:

- Sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand, auch durch den sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen nach Israel, und Ausbau humanitärer Hilfe für die palästinensische Bevölkerung
- Sofortigen Stopp der militärischen Aggression gegen den Iran von USA und Israel
- Anerkennung Palästinas als Grundlage für einen dauerhaften Friedensprozess
- Sofortiges Ende der Blockade, Besatzung und Siedlungspolitik
- Wiederaufbau von Gaza und Westjordanland als Teil der Staatsentwicklung Palästinas

Mit der Aufklärung über die imperialistische Politik und über unser gemeinsames Interesse an Abrüstung und Stärkung der UN kämpfen wir in den Hochschulen – den Zentren der Hegemonieproduktion – um Köpfe und Kultur. Bildung ist Lebenselixier, Faktor wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung, Widerstand und konkrete Vermenschlichung. In Palästina, hier und überall. Unser Kampf um die Hochschulen ist der gemeinsame Kampf für zivilisatorischen Fortschritt.
Wir engagieren uns für:

- die Etablierung und den Ausbau von Stipendien und Kooperationsprogrammen mit palästinensischen Kommiliton:innen und Kolleg:innen sowie der Erleichterung für Visa. Daraufhin stellen wir Anträge in den Gremien der studentischen und akademischen Selbstverwaltung.
- Wissenschaft und Bildung zur Geschichte und Kultur Palästinas und Nah-Ost, mit Ringvorlesungen und Seminarinitiativen, offenen Filmvorführungen und Diskussionsveranstaltungen.
- strikt zivilen und humanistischen Austausch mit Kommiliton:innen und Kolleg:innen, auch aus Israel, zur Völkerfreundschaft.

Weil die Bildung, Wissenschaft und Kultur des palästinensichen Volks entgegen der forcierten Vernichtung durch internationale Anstrengung lebendig ausgebaut werden muss. Weil wir nur in international solidarischer Wissenschaftskooperation die Welt human entwickeln können. Wir begrüßen den offenen Brief für das Ende des Kriegs in Gaza von „Black Flag“ Action Group, in der sich über 1200 Wissenschaftler:innen in Israel zusammengeschlossen haben. Sie fordern, dass insbesondere von den Hochschulen in Israel Friedensbemühungen durch Aufklärung und Engagement ausgehen müssen.

Wir wenden uns mit diesem Engagement gegen den forcierten anti-muslimischen Rassismus in der BRD. Es ist kein Zufall, dass diese Hetze gerade in der Konfliktverschärfung durch die NATO in Libyen, Syrien, Irak, Afghanistan und jetzt Palästina und Iran gewachsen ist. Wir schaffen mit dem Kampf gegen Krieg und Militarismus auch Grundlagen für einen politisch, kulturellen, ökonomischen und gesellschaftlichen Austausch.
Wir wirken für den Ausbau von Zivilklauseln, insbesondere auch in den internationalen Kooperationen, sodass alle Projekte, die der Militarisierung hierzulande und Aufrechterhaltung von Apartheid und Besatzung Israels dienen, gestoppt und die zivilen Bemühungen um Völkerverständi-

gung ausgebaut werden. Dafür bekräftigen wir Forschung und Bildung zum Völkerrecht, nicht nur in den Rechtswissenschaften, und die Orientierung zur Realisierung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 (SDGs der UN) in allen Bereichen der Wissenschaft, Bildung und Hochschulen.

5 In der Partei Die Linke bekräftigen wir das Engagement für die Anerkennung Palästinas und einen Stopp aller Waffenlieferungen nach Israel, in Veranstaltungen, Demonstrationen und auch Anträgen in Parlamenten. Wir initiieren die Beteiligung in der Friedensbewegung und Palästina-Solidarität.

Soziales und Studienbedingungen

A13 Wir kürzen den Faschismus

Im ganzen Bundesgebiet gibt es momentan drastische Hochschulkürzungen: In Nordrhein-Westfalen will Schwarz-Grün die Grundfinanzierung der Hochschulen um 5% kürzen (LAT NRW 2025). In Bremen steigt der Semesterbeitrag um 90€ auf 425 Euro. In Berlin bricht der Senat die Hochschulverträge und fordert von den Hochschulen allein dieses Jahr Einsparungen von 145 Millionen Euro (Ballaschk 2025). Bis 2027 wird es sich voraussichtlich um die umfangreichsten Kürzungen in der Geschichte der Berliner Hochschullandschaft handeln. In Hessen sorgen die Pläne der Landesregierung dafür, dass den Hochschulen bis 2031 eine Milliarde Euro in ihren Budgets fehlen (Hessische Hochschulen 2025). Ganz ähnlich wie in den USA soll auch hierzulande an Migrant*innen ein Exempel statuiert werden: Während Kulturstaatsminister Wolfram Weimer der Harvard University einen Exilcampus anbietet, will die RWTH Aachen vierstellige Studiengebühren für ausländische Studierende einführen (Students against Fees 2025).
Parallel wird am Deutschlandticket wieder Hand angelegt: Nach der Preiserhöhung zum Jahresbeginn gibt es wieder Streit um die Finanzierung. Der Bedarf steigt, doch weder die Bundesländer noch der Bund möchten ihre Beteiligung erhöhen (Giese 2025). Es steht eine weitere Erhöhung oder ein Ende im Raum, welche Studierende ebenso direkt trifft.
Politiker*innen argumentieren immer mit Sachzwängen, doch das Märchen von den leeren Kassen ist nur ein unehrlicher Vorwand, um den Sozialstaat weiter kaputtsparen zu können. In Wahrheit verzichtet der Staat ganz im Geiste des Neoliberalismus bewusst auf Steuereinnahmen von Reichen. Besonders seit dem Amtsantritt von Helmut Kohl werden Unternehmen und Vermögende systematisch entlastet auf Kosten der Arbeiter:innenklasse. Die Vermögens- und Körperschaftssteuer wurden gesenkt, der Spitzensteuersatz herabgesetzt, während gleichzeitig die Umsatz- und Mehrwertsteuer erhöht wurden. Besitz-, Kapital oder Gewinnsteuern wurden abgeschafft, nicht mehr erhoben oder aufgeweicht. Besonders gravierend war die Abschaffung der Vermögenssteuer 1997, wodurch der Staat bis heute Milliarden an Einnahmen weggibt, die jetzt in sozialen Bereichen fehlen. Das Ergebnis ist eine Verschiebung des Vermögens von unten nach oben, von Geringverdienenden zu den Superreichen, kurz gesagt: Klassenkampf von Oben!" (Butterwegge 2024: 85-108)

Die aktuelle Black-Rot-Bundesregierung setzt diesen Kurs in gesteigerter Qualität fort.: So will sie Steuergeschenke beschließen, wie die Senkung der Körperschaftssteuer oder vereinfachte Abschreibungen für Unternehmen. Es soll auch eine Einkommenssteuerreform geben. All diese Maßnahmen sind jedoch nicht gegenfinanziert. Merz und Klingbeil suchen Einsparpotenziale beim Bürgergeld, ganz bewusst unter Verletzung der Menschenwürde. Das BAföG soll nur auf das Existenzminimum angehoben werden. Die Exzellenzstrategie, welche die Universitäten dazu

erniedrigt, um die ihr zugeworfenen Krümel zu kämpfen, soll über das Jahr 2030 hinaus verlängert werden. Unterdessen soll die Wissenschaft immer stärker in den Dienst der Kriegstüchtigkeit und der Staatsräson gestellt werden. Um sicherzustellen, dass Lars Klingbeil nicht auf die Schuldenbremse treten kann, wurde im März die Grundlage für eine unvergleichbare Aufrüstung geschaffen: Während vor einem Jahr noch über das Zwei-Prozent-Ziel diskutiert wurde, hat die Bundesregierung nun die Fünf-Prozent-Vereinbarung der NATO unterschrieben und plant, bis 2029 eine Verdreifachung des Kriegsetats. Das ist nur bezahlbar auf Kosten der arbeitenden Klasse und mit gezielten Angriffen auf ihre sozialstaatlichen Errungenschaften (8-Stunden-Tag, Arbeitslosenversicherung, usw.).

Alle anderen Ressorts sind dem Kreislauf der Austeritätspolitik unterworfen: Ausbleibende Investitionen schwächen das Wirtschaftswachstum und die sich daraus ergebenden Einnahmeausfälle verschärfen die Haushaltssituation weiter. Da Aufrüstung von den Herrschenden priorisiert wird und durch gesteigerte Investitionen die schwächelnde Wirtschaft angekurbelt werden soll, wird automatisch im Sozialen gekürzt. Da aber viel Geld bei der Rüstung vorhanden ist, sind unterfinanzierte Einrichtungen nun gefordert, ihre Kriegstüchtigkeit unter Beweis zu stellen. Die Bevölkerung soll sich so darauf einstellen, ihre stofflichen und sinnlichen Bedürfnisse dem Wirtschaftswachstum und den geopolitischen Ambitionen Deutschlands unterzuordnen. Dies wird mit einer ideologischen Offensive flankiert, welche die Spaltung der Arbeiter*innenklasse zum Ziel hat, bei der Erwerbstätige gegen Migrant*innen und Arbeitslose aufgebracht werden sollen. In Kauf genommen wird dadurch eine weitere Stärkung rechter Kräfte, wie die AfD.

Die Kürzungen an den Hochschulen sind ganz im Sinne dieser Politik. Fehlende Grundmittel sollen die Wissenschaftler*innen dazu zwingen, herrschaftskonformer zu werden und sich im Wettbewerb um „exzellente“ Forschung immer mehr dem Staat und Drittmittelgebern anzubiedern. Der effektivste Weg, eine Wissenschaft im Geiste des Friedens zu verhindern, ist, wenn es nur noch Geld für militärisch nutzbare Forschung gibt. Genau das gleiche Ziel liegt dem katastrophalen Zustand der Studienfinanzierung zugrunde: Studierende sollen daran gehindert werden, ein selbstbestimmtes Verhältnis zu ihrem Studium zu entwickeln und gemeinsam für ihre Interessen zu kämpfen. Entgegen der hochschulpolitischen Errungenschaften, die viele Generationen vor uns erkämpft haben, sollen wir durch marktförmiges Studieren und der Lohnarbeit neben dem Studium auf ein Leben in Gehorsam vorbereitet werden.

Die Geschichte zeigt, welche schwerwiegenden Auswirkungen das haben kann. Die Austeritätspolitik Heinrich Brünings war ein wichtiger Katalysator für den Weg in den Faschismus: Sie hatte fatale Folgen für die Bevölkerung und destabilisierte die Handlungsfähigkeit der Republik. Durch diese tiefe Staatskrise und die steigende Zustimmung wurden wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die NSDAP an die Macht kam. Auch die italienischen Faschisten nutzten die Austeritätspolitik maßgeblich, um die Opposition im Land zu zerstören und auch anhand des jetzigen Rechtsrucks haben viele Studien nachgewiesen, dass Sparprogramme den Aufstieg von rechten Parteien gefördert haben (Schaible 2024).

Für uns als Sozialist*innen ist klar, dass unsere antifaschistische Aktion sich dieser selbstzerstörerischen Haushaltspolitik und der Umverteilung nach oben widersetzen muss. Unsere Antwort ist das „BAföG für alle". Die Kassen sind nicht leer, sie wurden geleert. Es ist Zeit, dass der gesellschaftliche Reichtum denjenigen entrissen wird, die ihn geraubt haben und denjenigen zugute kommt, die ihn erarbeitet haben. Sozialökonomisch vernünftig ist eine massive Ausweitung der staatlichen Investitionen in den Ausbau des Öffentlichen: Sinnvoll ist die adäquate Finanzierung von Kitas, Schulen, Hochschulen und der Weiterbildung; des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs; des sozialen Bedarfs im Gesundheitssystem; der erweiterten Teilhabe-Entwicklung in Kunst und Kultur; der besseren Basis für Museen und öffentliche Bibliotheken; der Stärkung der Sozialleistungen; der sozial-ökologischen Bewältigung der Klimakrise; einer tatsächlichen Entwicklungshilfe der arm gehaltenen Länder und einer besseren Handlungsfähigkeit der Kommunen.

Mehr für die Hochschulen ist also besser für alle: Durch Forschung legen wir die Ursachen der aktuellen Probleme frei und zeigen gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten auf. Durch Bildung tragen wir dazu bei, dass alle „sich als mündige Mitglieder der Gesellschaft weiterentwickeln können, die bereit und in der Lage sind, an deren sozial und ökologisch nachhaltiger, demokratischer und friedlicher Gestaltung maßgeblich mitzuwirken" (Leitbild Lehre Uni Hamburg).

Für uns als sozialistischer Studierendenverband ist das schon Teil unserer Praxis, die wir weiterentwickeln wollen. Daher nehmen wir uns für das folgende Wintersemester vor:

- Mobilisierung für den BAföG-für-Alle-Kongress in unseren Hochschulen und mit Bündnispartnern (siehe eigenen Antrag)
- Der Bundesvorstand plant in Abstimmung mit dem Bundesarbeitskreis Hochschulpolitik einen bundesweiten Aktionstag für ein BAföG für Alle und eine öffentliche Ausfinanzierung des Wissenschafts-/Hochschulbereich im Oktober oder November.
- Die Hochschulgruppen werden dazu aufgerufen, Proteste gegen die Kürzungen zu initiieren oder sich an ihnen zu beteiligen. Protestformen können Demos, Streiks, Campus Camps oder Besetzungen sein. Bündnispartner hierfür können hochschulpolitische Aktive wie Fachschaften sowie allgemeinpolitische Gruppen an Hochschulen wie Studis gegen Rechts sein.
- In die Auseinandersetzung um den TV Stud bringen wir die Perspektive der Haushaltsfinanzierung ein.
- In den Senaten, StuPas/StuRas, Fachbereichsräten und/oder Vollversammlungen kämpfen wir für die Deutung, dass die Hochschulkürzungen vor dem Hintergrund der Imperialismuskrise zu betrachten sind und verbreiten diese Interpretation anderweitig in der Studierendenschaft.
- Über die Hochschulen hinaus suchen wir das Bündnis zu Gewerkschaften, Sozialverbänden, Flüchtlingsinitiativen, Schüler*innenvertretungen und anderen von Kürzungen betroffenen Gruppen.
- Auf Verbandsveranstaltungen wie der Sommerakademie bilden wir uns zu Themen, die mit diesen Kämpfen verbunden sind, wie Austeritätspolitik oder Hochschulfinanzierung.

- in der Partei uns darum kämpfen, dass der Sozialabbau nicht mit einer Rückkehr zum Wohlfahrtskapitalismus gestoppt werden kann, sondern nur mit dem Einsatz für Sozialismus u Frieden entgegnet werden kann

A17 Würde kommt von Kämpfen: Gemeinsam zum BAföG-Kongress!

Für den umfassend humanen Ausgang aus dem fundamentalen Umbruch der kapitalistischen Welt ist das persönliche und kollektive Engagement zur Hebung der sozialen Lebensgrundlagen der Allermeisten zentrale Bedingung. Die Umverteilung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums von Oben nach Unten und von Militär zu Sozial sowie die Förderung von kritischer Wissenschaft und die Bildung von emanzipatorischen Persönlichkeiten sind dabei von entscheidender Bedeutung. Der Kampf um das BAföG für Alle ist deswegen der notwendige, zentrale studentische Beitrag für die grundlegende gesellschaftliche Kehrtwende hin zur demokratischen, solidarischen Gestaltung durch die Vielen. Weil kritisch-kämpferische Wissenschaft in Parteinahme für die arbeitende Bevölkerung wesentlich für solidarischen Fortschritt ist.
Vor diesem Hintergrund intensivieren wir die Aktivität für ein „BAföG für Alle". Die studentische Armut und die Unterfinanzierung der Hochschulen sind zunehmend unerträglich, insbesondere aufgrund des wachsenden gesellschaftlichen Bedarfs an wissenschaftlich-fundierten und persönlich-aufgeklärten Perspektiven zur Überwindung von Elend und Belanglosigkeit. Wir ermutigen mit Initiativen und Diskussionen mit Kommiliton:innen in Seminaren, am Campus und in den studentischen Gremien, in den gemeinsamen sozialen Kampf einzutreten.
Die Linke.SDS unterstützt den bundesweiten Kongress zum „BAföG für Alle" vom 05.07.09.2025 an der Uni Köln. Wir stellen ein Budget für Fahrtkosten, Referent:innen und Mobilisierung zur Verfügung. Der Bundesvorstand, Schatzmeister*in und Gefü prüfen in Abstimmung mit dem BAK Hochschulpolitik, wie viele finanzielle Mittel gestellt werden können. Wir bemühen uns um weitere finanzielle Unterstützung bei Bündnispartnern. In den kommenden Wochen des Sommersemesters ist die Mobilisierung in den Studierendenschaften unsere zentrale Aktivität. Wir bringen Anträge zur ideellen und finanziellen Unterstützung des BAföG Kongresses in die studentischen Gremien (Fachschaftsräte, StuPas / StuRas und ASten) an unseren Hochschulen ein.

Kongress
BAföG für Alle erkämpfen – mit Köpfchen raus aus Krieg und Krise!

> *„1. Jeder hat das Recht auf Bildung. [...]*
> *2. Die Bildung muß auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muß zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens fördelich sein."* - Art. 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Das Recht auf Bildung wird in Deutschland seit langem mit Füßen getreten. In kaum einem industriell entwickelten Land ist der Zugang zu höherer Bildung so stark von der sozialen Herkunft abhängig wie hierzulande. Der Grund: Das BAföG, wie es im Zuge des Aufbruchs der Studierenden-

bewegung erkämpft wurde, um die Universitäten für die gesamte Bevölkerung zu öffnen und allgemeinwohlorientiert zu entwickeln, ist seit seiner Einführung 1972 von der Politik gezielt ausgehöhlt worden. Wer heute studiert, muss mit einem Leben in Armut rechnen. Rund ein Drittel aller Studierenden – unter denen, die alleine oder in WGs leben, sogar drei Viertel – lebt unterhalb der Armutsgrenze. Daran ändern auch periodische medienwirksame Beileidsbekundungen wenig.

Nur der gemeinsame Kampf für die Verbesserung der sozialen Lage und eine emanzipatorische Bildung für Alle bringt uns vorwärts. Die erfolgreichen Studierendenproteste für die Abschaffung der Studiengebühren in den Jahren der Finanzkrise haben das eindrücklich gezeigt. Die globale Krise hat sich seit 2007 jedoch massiv verschärft. Der aktuelle Rüstungswahn untergräbt alle humanen und sozialen Errungenschaften und führt geradewegs in den Abgrund.

Umso mehr braucht es nun erst recht ein lebensgrundlagensicherndes BAföG, das alters-, eltern- und herkunftsunabhängig allen Studierenden, Auszubildenden und Schüler:innen ab 18 Jahren rückzahlungsfrei gewährt wird. Denn Bildung und Wissenschaft tragen – gerade hierzulande – eine historisch gewachsene Verantwortung zur Humanisierung der Welt. Nur wenn Studierende als mündige Subjekte sozial gesichert, kulturell ungehemmt und mit produktiver Muße an ihrer inhaltlichen Ausgestaltung mitwirken können, können sie diese Verantwortung zur Lösung der globalen Probleme wahrnehmen.

Es ist an uns, mit dem BAföG für Alle einen grundlegenden Richtungswechsel hervorzubringen – hin zu einer zivilen, solidarischen, ökologisch nachhaltigen und demokratisch-aufgeklärten Entwicklung der Gesellschaft.

Dafür wollen wir u.a. diskutieren, was erforderlich ist, um die längst überfällige BAföGReform gesellschaftlich durchzusetzen, was wir dafür von den Studierenden- und Auszubildendenprotesten der Vergangenheit lernen können, welchen Beitrag Gewerkschaften und Studierendenwerke zum gemeinsamen Kampf für das BAföG für Alle leisten können und wie die beispielgebende Auseinandersetzung um soziale Verbesserungen auch über das Bildungswesen hinaus zu verallgemeinern ist.

Mit Köpfchen aus der Krise - gemeinsam für...

...BAföG für Alle!

...Bildung und Wissenschaft für Frieden und Sozialismus!

...ein neues 68!

Verbands- und Parteientwicklung

A9 Auf dem Erfolg nicht ausruhen: Jetzt Die Linke zur sozialistischen Kraft machen

Die Linke hat dieses Jahr einen historischen Stimmen- und Mitgliederzuwachs erlebt. Mit 8,8 Prozent bei der Bundestagswahl und einem Rekord von über 115.000 Mitgliedern steht die Partei so stark da wie seit Jahren nicht mehr. Dieser Aufschwung ist Ausdruck eines wachsenden gesellschaftlichen Bedürfnisses nach einer glaubwürdigen linken Alternative – gerade angesichts des zunehmenden Rechtsrucks und der sozialen Spaltung.

Unsere Erfolge im Parlament sollten wir auswerten, um für die weitere Arbeit als Partei und Verband zu lernen. Entscheidend war, dass wir unsere gesellschaftliche Rolle beibehalten haben und als oppostionelle Kraft (Alle wollen regieren - Wie wollen verändern) angetreten sind. Statt bestehende Auffassungen zu bedienen, begegnen wir diesen mit unseren internationalistischen und pazifistischen Position und sind damit eine grundlegende Alternative zu dem nach Rechts gehenden Gang und Gebe.

Hervorgebracht hat das der linke Flügel der Partei mit friedensbewegten Kandidaturen und Debattenbeiträge sowie errungenen Kompromissbeschlüssen zu Frieden und Nahost. Dies können wir frech und heiter weiter ausbauen und gegen Waffenlieferungen und Militarisierung, für Abrüstung und Diplomatie streiten.

Die Gefahr besteht, dass die Partei zum Status quo vor dem Aufschwung zurückkehrt und nicht aus vergangenen Fehlern lernt. Die Fokussierung auf parlamentarische Arbeit allein reicht nicht aus, um eine dauerhafte gesellschaftliche Verankerung zu erreichen und reale Veränderung durchzusetzen. Im Gegenteil: Die Stärke der Partei muss jetzt genutzt werden, um Organisierung von unten und in sozialen Bewegungen zu stärken. Parlamentarische Erfolge können und dürfen kein Selbstzweck sein, sondern müssen in eine umfassende Strategie für sozialen Wandel eingebettet werden.

Unsere Stärke liegt in der Organisierung von unten!

Durch den Aufschwung der letzten Monate ist ein Möglichkeitsfenster entstanden, um als linke Kräfte innerhalb der Partei für strukturelle und programmatische Veränderung zu sorgen.

Es ist auch der Erfolg von uns als SDS und anderer Teile des linken Flügels innerhalb der Partei, das Direktmandat in Neukölln gewonnen zu haben. Mit Ferat Koçak hat es nicht nur ein antirassistischer, antifaschistischer, Palästina-solidarischer und sozialistischer Aktivist in die neue Bundestagsfraktion geschafft. Wir haben auch gezeigt, wie eine Linke aus der Schwäche heraus in die Offensive kommt: Mit einer Kampagne, die aus hunderttausenden Haustürgesprächen bestand, an denen sich tausende Aktive beteiligten. Essentiell dabei war es, den Menschen vor Ort zuzuhören, was sie zu sagen haben und sich für ihre Anliegen zu interessieren – in dieser Weise

an das Alltagsbewusstsein der Menschen anzuknüpfen und sie nicht allein zu lassen in ihren Sorgen um die steigenden Mieten und Preise sowie das Erstarken der Rechten. Mit den Haustürgesprächen konnten wir ihnen gegen die herrschende Ohnmacht eine Perspektive bieten, wie sie sich mit anderen gemeinsam wehren können.

Mit dieser Basisaktivität, dem aufsuchenden Gespräch und einem Kandidaten, der sein Gehalt deckelt und wöchentlich Sozialsprechstunden hält, konnten wir glaubhaft vermitteln, dass die Linke sich wirklich für die Interessen der Arbeiter:innenklasse einsetzt. Die Linke wurde damit nicht nur zu einer Hoffnungsträgerin im Kiez. Sie wurde für viele erfahrene und unerfahrene, anders oder gar nicht organisierte Aktive ein Ort der Handlungsfähigkeit und politischen Lernens. Viele Aktive aus anderen Organisationen, die sich sonst kritisch von der Partei Die Linke distanzieren, schlossen sich der Kampagne in Neukölln an, gerade weil sie Ferat als Aktivisten aus Bewegungen kennen und wertschätzen.

Mit den vielen Neueintritten und den Erfahrungen aus dem Wahlkampf geht ein neues Selbstverständnis an der Basis einher. Die Unangefochtenheit etablierter Kreise, die sich auf den Parlamentarismus stützen, kann von einer neuen Generation mit einem Politikverständnis von unten abgelöst werden.

Wie umgehen mit dem Parlamentarismus?

Eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung geht nur mit der Überwindung des Kapitalismus, welche nur das Werk der Arbeiter:innenklasse selbst sein kann. Die Selbstbefreiung unserer Klasse hat ihren Ausgangspunkt im Betrieb, im Kiez und an der Uni, dort wo Menschen gewerkschaftliche, antirassistische, antifaschistische, antiimperialistische und feministische Kämpfe führen. Bewegungen, die konkret im Alltag der Menschen präsent sind, ihre Interessen aufgreifen und glaubhaft machen können, dass sie Verbesserungen erkämpfen können, bilden die Grundlage gesellschaftlicher Veränderung von links. Auf diese Grundlage muss auch eine sozialistische Partei bauen, die langfristig auf eine Überwindung des kapitalistischen Systems als Ganzes zielt.

Die Linke hat die Aufgabe, breite Anlaufstelle für all diejenigen zu sein, die sich gegen die herrschenden Verhältnisse wehren wollen und diesen helfen, sich zu organisieren. Dabei muss der Anspruch klar sein: Wirkliche Veränderung können wir nur selbst als Klasse erkämpfen. Die Partei muss strategischer und organisierender Akteur der Arbeiter:innenklasse sein. Darin findet auch das Parlament seine Rolle.

Wir sind gegen eine Stellvertreterpolitik der Parlamentarier:innen. Die Arbeit im Parlament soll keinem Selbstzweck dienen, sondern ihren Nutzwert in dem Organisationsaufbau und der Zusammenarbeit mit Bewegungen haben. Um eine Verselbstständigung von Mandatsträger:innen zu verhindern und einen Umgang mit dem Parlamentarismus im Sinne eines sozialistischen Praxis von unten zu finden, fordern wir Mandatszeitbegrenzungen, eine Arbeiter:innenquote bei Wahllisten und eine verpflichtende Regelung zur Gehaltsabgabe. Beim letzten Bundesparteitag wurden erste Schritte in diese Richtung gegangen, es gilt nun, diese Maßnahmen auch wirklich und effek-

tiv umzusetzen. Weiterhin unterstützen wir Formen kollektiver Mandatsausübung, bei denen eine Rückkopplung zwischen Basis und Abgeordnete:n stattfindet.

Der SDS und Die Linke

Als Studierendenverband sehen wir es als unsere zentrale Aufgabe, die Potentiale für sozialistische Politik unter den Studierenden zu heben und Kämpfe an und um die Hochschulen zu führen. Aber wir verstehen uns seit jeher auch als sozialistischer Richtungsverband der Linken und als Korrektiv zu reformistischen Tendenzen. Aus den oben skizzierten Möglichkeiten, die sich aus dem Aufschwung der Linken und dem enormen Mitgliederzulauf ergeben, ergibt sich für uns demnach auch eine Verantwortung, die Linke mitzugestalten und zu einer sozialistischen Kraft aufzubauen.

1) Mit den Neumitgliedern eine kämpferische Basis aufbauen

Die Linke hat sich im letzten halben Jahr stark verjüngt. Wir können davon ausgehen, dass große Teile der Neumitglieder Studierende sind - und noch viel mehr Studierende bei der letzten Bundestagswahl die Linke gewählt haben. Das sind Potentiale für den Aufbau eines handlungsfähigen, schlagkräftigen SDS - die wir allerdings noch nicht heben können (siehe Anhang). Dabei ist es in unserem Sinne, all jene Studierenden, die sozialistische Politik am Campus machen wollen, in den SDS einzuladen.

Darüber hinaus ergibt sich die Möglichkeit, ein neues politisches Bewusstsein in der Basis der Partei zu verankern - und von dort aus in die Apparate, Fraktionen und Vorstände auszustrahlen. Bereits jetzt deutet sich an, dass die Neumitglieder mindestens zu Teilen parlamentarismus- und regierungskritischer sind, Palästina-Solidarität und Internationalismus weniger umstritten sind und der Ansatz, „Politik anders zu machen“ integraler Bestandteil der politischen Überzeugung ist. Dass daraus eine selbstbewusste, sozialistische Basis entsteht, ist aber kein Automatismus, sondern muss organisiert werden: Dafür ist es jetzt zentral, mit guten Bildungs- und Deutungsangeboten, Strategiedebatten und inhaltlichen Veranstaltungen ein theoretisches Fundament aufzubauen, welches die Grundlage für eine sozialistische Praxis legt.

2) Exemplarisch vormachen, wie wir gewinnen können

Das Potential für Veränderung liegt nicht im Parlament, sondern in den Betrieben, auf der Straße, in den Kiezen, an den Hochschulen und in den Schulen - und das sind die Orte, wo wir Bewegung, Druck und Organisierung aufbauen wollen. Aber unser Argument wird stärker, wenn wir die entsprechende Beweisführung haben. Dafür müssen wir Kämpfe aufbauen und mitgestalten, die das Potential der Linken jenseits des Parlaments aufzeigen. Exemplarisch könnten das beispielsweise eine Anti-Wehrpflicht-Kampagne, der Kampf um Enteignung von Immobilienkonzernen oder Bündnisarbeit in Widersetzen als Teil der Einheitsfront gegen den Faschismus sein.

Mit solchen Projekten können wir ganz konkret vormachen, wie eine sozialistische Partei Veränderung durchsetzen kann, wir können breitere Teile der Partei in Aktivität versetzen und darüber

langfristig organisieren, und wir können Brücken von den Hochschulen und Studierenden hin zu gesellschaftlichen Mobilisierungen und Auseinandersetzungen bauen, ohne dabei unsere Eigenständigkeit als Verband zu gefährden. Und so richtig es ist, an den entscheidenden Stellen Teil von Programmprozessen der Linken zu sein - das, was tatsächlich in die Gesellschaft ausstrahlt, ist nicht das, was wir schreiben, sondern das, was wir tun. (Also ganz im Sinne von Marx: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.“)

3) Die Linke zur sozialistischen Massenpartei umgestalten

Eine möglichst breite, gefestigte Basis und konkrete Erfolge sind die bestmöglichen Ausgangsbedingungen, von denen aus wir um neue Mehrheiten und eine sozialistische Ausrichtung innerhalb der Linken ringen können - sei es in Fragen der Außenpolitik, der Palästina-Solidarität, der Parlamentarismuskritik oder von Regierungsbeteiligungen. Das fängt im Kleinen, im Kreisverband an (z.B. Beteiligung an Demos, Veranstaltungen, Nutzung von Parteibüros) und reicht über Fragen auf Landesebene (z.B. zu Regierungsbeteiligungen und Stimmverhalten der Fraktionen) bis hin zu Positionierungen der Bundespartei (auch hier das Verhalten der Fraktionen, aber z.B. auch der JDA-Beschluss beim letzten Bundesparteitag, aber auch bei Fragen rund um Glaubhaftigkeit und dafür notwendige Mechanismen wie einen Gehaltsdeckel oder kollektive Mandatsgestaltung).

Wir haben aktuell die Chance, die Linke so umzugestalten, dass sie als sozialiststische Kraft gegen das Establishment wahrgenommen wird, als Akteur, der Millionen von Menschen erreicht, und sich nicht scheut, in kontroversen Fragen klare Haltung zu beziehen - ohne dabei den Anschluss an all die Menschen zu verlieren, für die und mit denen wir Politik machen wollen. Lasst uns als SDS die Zukunft der Linken aktiv mitgestalten!